

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 208.

Donnerstag, den 5. September 1912.

19. Jahrg.

Gegen den Lebensmittelwucher erhebt die Lübecker Bevölkerung am Montagabend Protest!!

Hierzu eine Beilage.

Abrüstung und Sozialdemokratie.

Die Forderung des Abrüstens dürfe nicht gestellt werden; sie sei vom sozialdemokratischen Standpunkte aus utopisch, sie sei besonders nicht marxistisch. Eine solche Forderung von sozialdemokratischer Seite sei etwas Neues, eine stark veränderte Taktik in der Militärfrage. — Das und ähnliches erklären seit einiger Zeit etliche Genossen in langen Artikeln, in denen sie ihre Ansicht zu beweisen versuchen.

Wie war es denn bisher jahrzehntelang in der deutschen Sozialdemokratie und wohl auch der anderen Länder? Haben wir jemals, wenn wir unsere Anschauungen im öffentlichen Leben in dieser Frage vorzutragen, behauptet: Die Sozialdemokratie will nichts von Abrüstung wissen, weil sie undurchführbar, unlogisch und unwissenschaftlich ist? Nein, nie! Im Gegenteil! So oft wir Veranlassung und Gelegenheit hatten, bekämpften wir das Wetrüsten, betonten wir scharf den Charakter der Sozialdemokratie als einer (der einzigen wirklichen!) Friedenspartei. Und die Gegner brachten wir mit dieser unserer Stellungnahme stets in die größte Verlegenheit. Sie war es, die uns gegenüber während erklären, daß der Frieden ja eine sehr schöne erstrebenswerte Sache sei, aber die Forderung des Abrüstens, der Rüstungseinschränkungen sei — utopisch. Soweit es sich um die öffentliche Propaganda und um parlamentarische Aktionen handelt, befinden sich unsere Antibrüstungsfreunde also in einer merkwürdigen Lebereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien.

Zu welchen Konsequenzen führt denn ihr Standpunkt? Wenn die Partei sich ihr Programm zu eigen machte, müßte sie eine gründliche Schwertung in der Frage machen. Wenn man die logische Unmöglichkeit der Abrüstung innerhalb des bürgerlichen Staats proklamiert, dann darf man nicht nur keine Abrüstungsanträge im Parlament stellen, sondern man müßte auch das Wetrüsten der kapitalistischen Welt als eine in der Entwicklung liegende unabänderliche Tatsache hinhinnehmen. Das würde bedeuten, daß unsere Genossen auch bei neuen Rüstungsforderungen den Regierungen gar keinen ernsthaften Widerstand leisten könnten. Wenn man anerkennt, daß Militärvorlagen usw. „unbedingt nötig“ für den heutigen Kapitalismus sind, wie will man dann noch die Massen zum Widerstand aufrufen? Oder wie stellen sich jene Genossen sonst die Anwendung ihrer Theorie auf die praktische Politik und auf die öffentliche Propaganda vor!

Die Sozialdemokratie war stets eine Friedenspartei, und diese Eigenschaft war sogar eins ihrer stärksten Argumente gegenüber dem Wetrüsten. Und nicht etwa nur in dem Sinne, daß der sozialistische Staat das Ideal des Weltfriedens bringt, sondern daß schon in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Forderungen dieser Art gestellt werden müssen. Nur so ist die Sozialdemokratie in der Militärfrage dem öffentlichen Leben bekannt! Und nirgends ist bisher in die Erscheinung getreten, daß unsere propagandistische Tätigkeit anders gemeint und anders aufgefaßt worden wäre. Wären jene widersprechenden Genossen recht, dann hätte die ganze internationale Sozialdemokratie sich bisher in einer schweren Selbsttäuschung befunden und sie hätte die Welt mit getäuscht.

Die Haltung unserer Partei zum Friedensmanifest des russischen Zaren wurde in die Debatte gezogen. Wie es denn damals? Als wir hinaus in die Agitation zogen, da haben unsere Agitatoren dieses Manifest als einen indirekten intellektuellen Erfolg der sozialdemokratischen Wissenschaft, als eine ungewollte Bestätigung ihrer Auffassung in der Rüstungsfrage hingestellt. In Flugblättern und in der Presse wurde ebenso verfahren, und niemand in der Partei hat widersprochen. Wenn er interessante Mas eines russischen Herrschers „lächerlich gemacht“ worden ist, dann wohl doch nur in dem Sinne, daß er die ganze Widersinnigkeit des modernen Militärstaates aufzeigte. Und als die wiederholten Vorschläge von England auf Einhalt in den Rüstungen und auf den Versuch einer Verständigung kamen, da hat die deutsche Sozialdemokratie diese Bestrebungen — welchen Motiven sie auch entspringen mögen — durchaus nicht lächerlich und undurchführbar gefunden. Sie hat vielmehr der deutschen Regierung schwere Vorwürfe gemacht, daß an ihrer unbedingten Ablehnung solche Versuche von vornherein scheiterten.

Trotz alledem hätte die Sozialdemokratie dringende Veranlassung, ihren Standpunkt von neuem zu prüfen und eventuell zu ändern, wenn neue theoretische Gründe der bisherigen Haltung der Partei entgegengestellt werden könnten. Denkbar wäre ein solcher Vorgang in Rücksicht auf das ungeheure Fortschreiten des Imperialismus der neuesten Zeit immerhin. Solche Gründe sind bisher aber nicht beigebracht worden. Es scheint, als ob jene kritischen Genossen in der Rüstungsfrage nur die zweifellos vorhandene Tendenz der kapitalistischen Staaten sehen, ohne zu bedenken und zu beachten, daß die Entwicklung zugleich Widerstände auslöst, die dieser Tendenz direkt entgegenwirken. Als Tendenz gedacht, abgesehen von aller Wirklichkeit, haben die Kritiker mit ihrer Auffassung von der Entwicklung des Militarismus gewiß recht. Es wäre aber doch furchtbar, wenn ein jahrtausendlanges Vorwärtsschreiten der Menschheit enden müßte in einem Meer von Blut und unter den Trümmern von Nordwerkzeugen. Die Aussicht auf eine derartige unabänderliche Entwicklung würde die sozialdemokratische Partei der Gegenwart überflüssig machen und ihr jede Werbekraft nehmen. Die pure Unmöglichkeit der Abrüstung brächte als unvermeidliche Folge eine derartige Perspektive. Es liegt aber ganz anders.

Der fortschreitende Militarismus und Imperialismus entwickelt zugleich Widerstände gegen sich selbst auch in den bürgerlichen Kreisen, die vom persönlichen Standpunkt aus an der unbedingten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen kein besonderes Interesse haben. Je mehr auch sie zu den Rüstungsarbeiten herangezogen werden, desto mehr steigt ihr Widerwille dagegen und ihr Interesse für die Partei oder Klasse, die diesen Zustand ändern will. Ferner wird die Unsinngkeit der Rüstungen mit ihrem Fortschreiten immer offener. Man rüstet und rüstet, und das militärische Verhältnis der Staaten untereinander bleibt doch stets annähernd das gleiche. Die Heeresmassen, die aufgebaut werden können, und die mit allem technischen Raffinement ausgebaute und hergestellten Nordwerkzeuge lassen für jeden Menschen mit nur einigem kulturellen Empfinden einen Krieg immer unmöglicher und barbarischer erscheinen. Es muß in weitesten Kreisen die Frage entstehen: Die Rüstungen nur ihrer selbst wegen? Am letzten Ende müssen doch solchen Verhältnissen gegenüber die Rücksichten auf den „inneren Feind“, auf imperialistische Kapital- und materielle Profitinteressen in den Hintergrund treten. Sie müssen, wenn man nicht an allem Kulturfortschritt verzweifeln soll. Und spielen wir nicht fortwährend einen starken Trumpf gegen das Wetrüsten damit aus, daß wir sagen: je mehr die sozialdemokratische Bewegung um sich greift, desto unzuverlässiger wird auch der Militarismus als Institution zur Verteidigung kapitalistischer Interessen?

Das unsinnige Wetrüsten führt also auf einen Punkt, wo es selbst zweckwidrig und unvereinbar wird mit wesentlichen Interessen des bürgerlichen Staates, diesen in seinem Bestand zu gefährden droht. Ob das den herrschenden Gewalten und maßgebenden Kreisen zum Bewußtsein kommt oder ob sie trotz alledem die Rüstungspolitik in der alten Form weiter zu treiben bemüht sind, darauf kommt es nicht an. Für die Sozialdemokratie ist nur wichtig, daß nicht nur die Möglichkeit, sondern unter entwickelten Verhältnissen sogar die kulturelle Notwendigkeit des Abrüstens gegeben ist als eine Tatsache, die nach Marx'scher Lehre in den Entwicklungs- und Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegt. Wenn wir uns auf den Standpunkt der Kritiker begeben, dann wäre es geradezu töricht, am 1. Mai mit Berve den Friedensgedanken zu betonen, allen drohenden Kriegen und internationalen Konflikten gegenüber internationale Friedenskundgebungen der Proletarier zu veranstalten und gegen das Wetrüsten zu protestieren. Denn daß das alles nur gemeint und berechnet sei für die künftige Gesellschaftsordnung, die wir erst herbeiführen wollen, war doch wohl bisher nicht Abfrucht der Partei. Alles in allem: diese Zusammenbruchstheorie, die in der Abrüstungsfrage von einigen Genossen vertreten wird, ist unhaltbar in jeder Beziehung, sie ist alles weniger denn marxistisch. Sie ist abstrakt und führt in die Wüste.

Zur Fleischsteuerung.

In Groß-Berlin fanden Dienstagabend über 70 Versammlungen statt, die zur Fleischsteuerung Stellung nahmen. Die Versammlungen waren ausnahmslos über-

füllt. In vielen Lokalen wurden im Garten Parallelversammlungen abgehalten, vielfach mußten auch die Lokale so zeitig gesperrt werden, daß Tausende keinen Einlaß mehr fanden. Es mögen alles in allem gerechnet an sämtlichen Groß-Berliner Versammlungen 100 000 Personen teilgenommen haben. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die die Abschaffung der Lebens- und Futtermittelzölle, die Beseitigung der auf den Verbrauchartikeln der breiten Masse ruhenden indirekten Steuern und die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch fordert. Zur Durchführung der unerlässlich gewordenen Änderung der Wirtschaftspolitik wird die Regierung aufgefordert, sofort den Reichstag einzuberufen.

In Breslau fanden in verschiedenen Stadtteilen acht außerordentlich stark besuchte Versammlungen statt. In allen Versammlungen nahmen auch Hausfrauen das Wort, die ihrer Empörung über die Teuerung Ausdruck gaben. Unter stürmischem Beifall, besonders auch der Frauen, wurde der folgende Passus der Resolution angenommen: „Schließlich fordert die Versammlung den sozialdemokratischen Parteitag in Chemnitz auf, den Anstoß zu einer allgemeinen Bewegung gegen die Fleischsteuerung zu geben, die neben den Protestversammlungen und Flugblättern auch stärkere Mittel der Demonstration, zum Beispiel den zeitlich begrenzten allgemeinen Fleischboikott, in Erwägung zieht.“ Einzelne der Versammlungen mußten wegen des ungeheuren Andrangs ins Freie verlegt werden.

In Mühlhausen in Thüringen protestierten 12 000 Männer und Frauen gegen die Teuerung. In der Resolution wurden die üblichen Forderungen an die Regierung gestellt und die Stadtverwaltung dringend ersucht, auch endlich Schritte zur Selbsthilfe zu tun.

Eine Protestversammlung in Brandenburg an der Havel war nicht nur sehr stark von Männern und Frauen der Arbeiterklasse, sondern auch von vielen Angehörigen der bürgerlichen Kreise besucht.

Der Parteitag für das westliche Westfalen und Lippe hat zu der Fleischsteuerung folgende Resolution beschlossen: Der Parteitag ist der Ansicht, daß angesichts 1. der Fleischsteuerung in Deutschland, die durch die Hochschulzoll- und Abperrungspolitik der reaktionären Parteien und der von diesen abhängigen Regierungen verurteilt wird, wogegen die politische Vertretung der Arbeiterschaft vorläufig noch machtlos ist, 2. des schon seit geraumer Zeit stetig wachsenden Konsums von Seefischen in Deutschland, der sich trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse immer weiter entwickelt hat, als einzige Möglichkeit, sofort Abhilfe für die Fleischteuerung und Fleischnot zu schaffen, die Versorgung des Proletariats mit Seefischen besteht, und daß es Aufgabe in erster Linie der Konsumgenossenschaften ist, den Fischkonsum zu organisieren dadurch, daß sie die Regelung des Handels der gewaltigen Mengen der gefangenen Seefische an die Orte der Konsumtion in die Hand nehmen. Der Parteitag fordert die Vorstände der Konsumvereine auf, die nötigsten Maßregeln auf breiter Grundlage ungesäumt zu ergreifen.“

Teuerungs-Interpellationen haben unsere Genossen im Sächsischen Stadtparlament, sowie in Suhl eingebracht. In letzterem Ort wurde eine gemischte Kommission, in der auch unsere Genossen sitzen, eingesetzt.

Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main richtete vor einiger Zeit an das preussische Landwirtschaftsministerium und an den Reichskanzler eine Eingabe, in der die Öffnung der Grenzen und die Herabsetzung der Zölle auf Vieh und Fleisch verlangt wurde. Diese Forderungen wurden nun gleichzeitig einer schon bestehenden Deputation überwiesen, damit diese die Fleischversorgung für die Stadt Frankfurt in die Hand nehme. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der 30 000 Mk. zu Studienzwecken für Linderung der Fleischnot verlangt und auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, die sofortige Einberufung des Reichstags zu fordern.

Die Stadtverordneten Düsseldorf überwiesen die Eingabe des Sozialdemokratischen Vereins, die Abhilfe der Fleischnot fordert, einer neungliedrigen Kommission, die schleunigst geeignete Vorschläge machen soll.

Ein Frankfurter Pferdewegger klagt in einer Einwendung an die bürgerliche Presse, daß es ihm infolge der Teuerung kaum noch möglich sei, ein Geschäft zu machen; von weit her kommen auswärtige Pferdewegger und schnappen ihm die „besten Gänse“ vor der Nase weg. Die meisten Pferdewegger könnten nur mehr an 2 bis 3 Tagen ihre Läden offen halten, so stark ist die Nachfrage nach Pferdefleisch. Wenn das so fortgehe, werde das

Schweinefleisch bald so teuer werden, wie das Ochsenfleisch. Nur die „Öffnung der Grenzen für das Schlachtroß“ könne da helfen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Zuchthausgesetz auf dem Marsche.

Wie die „Landesztg. f. v. Mecklbg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, liegen beim Bundesrat von sechs Bundesregierungen, darunter einer süddeutschen, Anträge auf Verschärfung der Schutzbestimmungen für Arbeitswillige vor.

Die württembergische Regierung hat jüngst kategorisch erklärt, daß sie einen solchen Antrag nicht gestellt habe, Baden kommt wohl auch kaum in Betracht, sodaß von süddeutschen Regierungen eigentlich nur Bayern übrig bleibt. Dem Ministerium Hertling ist ein solcher Schritt ohne weiteres zuzutragen. Von Hamburg und Sachsen ist bekannt, daß sie ein Zuchthausgesetz erstreben. Bleiben also noch drei Regierungen, die es für geboten halten, von ihrer Zuchthausbegeisterung der Öffentlichkeit nichts wissen zu lassen. Am besten wäre es, die Reichsregierung würde sich über den Stand der Dinge einmal klipp und klar äußern, insbesondere aber das Material der öffentlichen Kritik unterbreiten, das der Zentralverband der Schatzmacher dem Reichsamt des Innern bereits vor längerer Zeit übergeben hat.

Der Prinzregent von Bayern und Freiherr v. Hertling.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Germania“ in der Nummer vom 3. September einen Leitartikel aus München, der sich mit den Behauptungen liberaler Blätter beschäftigt, daß Hertling beim Prinzregenten von Bayern in keinem großen Ansehen stehe, daß er wenig zur Hofhaltung gezoget werde, während die früheren Minister jaft ständige Gäste des Prinzregenten seien. Die „Germania“ hält diese Erzählungen für so wichtig, daß sie den Versuch macht, sie in einem mehrspaltigen Leitartikel zu widerlegen. Sie bemerkt u. a.:

Im übrigen ist an all diesen vorgeblich aus dem R. Hoflager stammenden Erzählungen nur dies richtig, daß es am R. Hoflager Personen gibt, die an einer Änderung der Gestaltung der Dinge ein politisches Interesse haben, ebenso wie sie an der Nichtberufung des Ministers Frhrn. v. Hertling ein politisches Interesse gehabt hatten. Die politischen Anschauungen vor allen des Generaladjutanten Frhrn. v. Wiedenmann sind ja genügend bekannt. Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß es am Hoflager nicht an Versuchen „unverantwortlicher“ Beeinflussung fehlt. Daß es aber sehr lörrig ist, die Wünsche dieser Herren voreilig mit den Anschauungen des Regenten zu identifizieren, das sollte schon die Geschichte der Berufung des Ministeriums Hertling lehren.

Bevor dann die „Germania“ die Geschichte der Berufung Hertlings darstellt, verrichtet sie, der Prinzregent ziehe die früheren Minister nur deshalb in seinen persönlichen Verkehr, weil sie Jagdgenossen seien, während Hertling als Mitglied der Hoiijagdgesellschaft natürlich nicht angehören könne. Und dann fährt das Blatt fort:

Da Versöhnungsversuchen, wie sie sich zweifellos auch jetzt wieder am R. Hoflager zeigen, hat es nie gefehlt, am wenigsten zur Zeit der schwereren Kriess, die Bayern vor und nach der Landtagsauflösung durchmachen mußte. Es steht fest, daß einige Mitglieder der früheren Staatsregierung (in erster Linie Herr von Pfaff, dann auch Herr von Müllner) den Konflikt mit dem Zentrum dazu benutzen wollten, den Boden für eine das Zentrum und die Konservativen ausschaltende liberal-sozialistische Politik zu bereiten. . . . Im Zusammenhang damit sieht die Zeitschrift, daß die vorzeitige illegale Veröffentlichung einer an sich neutralen Kundgebung des Regenten in einem liberalen Blatte (der Regent eruchte die Staatsregierung, ihre Entscheidung ohne Rücksicht auf sein Alter zu treffen) als Druck auf die Staatsregierung im Sinne der Auflösung angesehen werden mußte und angesehen wurde. . . . Der darauf einsetzende Wahlkampf, der Abschluß des liberal-sozialistischen Bündnisses, die Art und Weise, wie dieses Kompromiß durchgeführt wurde, die Stellung der Staatsregierung zu dieser Gestaltung der Dinge, ihre Haltung in der Frage des Reichstagswahl-Großblocks erschließen immer deutlicher die eigentlichen Ziele der unter der Führung des Finanzministers (bewußt oder unbewußt) stehenden Regierung. Diese Stellung des früheren Staatsministeriums zur Sozialistenfrage war es, die den Regenten am Ministerium Podewils — trotz aller Einwirkung gewisser Personen — irte werden ließ. Sie erließen ihm mit den Interessen des Reiches, des Staates, aus der Dynastie nicht vereinbar. Ferner wurde diese, auch den Anschauungen seiner Söhne entsprechende Abzengung durch den Rat dreier, ihm seit langen Jahren nachstehender Vertrauenspersonen, die der Regent in der Zeit der schwereren Kriess zuzuziehen für geboten hielt; jene Vertrauenspersonen aber waren: Graf Lerchenfeld, Herr von Auer und — Freiherr von Hertling. Die Vertrauensstellung, die Freiherr v. Hertling seit langem beim Regenten einnahm, war also der Grund seiner Berufung, eine konservativ-dynastische Staatspolitik auf christlicher Grundlage der Zweck seiner Berufung. Dieses persönliche und vor allem das landesherrliche Vertrauen, das der Regent in schwerer Stunde und im weitesten Umfang dem jetzigen Ministerpräsidenten geschenkt hat, steht jenseits des Reiches möglich und würdiger jugendlicher Einwirkungen, wägen diese auch von dem Generaladjutanten Freiherrn v. Wiedenmann kommen. Der Großblock hat vom Regenten nichts zu hoffen.“

Die Geschäftlichkeit der Jesuiten.

Einen neuen Grund gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes hat die „Post“ entdeckt — die Jesuiten verlegen die Arbeiter! Dem Blatt wird nämlich berichtet, daß gewisse Jesuiten jene Gegenden Deutschlands bereisen, in denen gallsche und ruffenische Wanderarbeiter be-

schäftigt werden. Einer dieser Jesuiten soll nun in seinem Bericht über die schlechte Bezahlung und rohe Behandlung der galizischen Arbeiter geklagt haben. Der „Post“ ist darüber empört und kleidet diese Empörung in die Worte:

„Man sieht aus diesen Berichten zu deutlich das Bestreben, die Volksgenossen von der Sachfengängerei abzuschrecken und die deutsche Landwirtschaft und Industrie durch Fernhaltung der Arbeitskräfte lahmzulegen. Pfarrer Bispinga ist aber nicht konsequent und verrät an anderen Stellen seiner Berichte die eigentliche Ursache der üblen Lage der galizischen Sachfengänger, nämlich deren Trunksucht und Spielwut.“

Bei der übermäßig langen Arbeitszeit auf den Gütern werden die Galizier wohl kaum viel Gelegenheit zum Trinken und zum Spielen haben. Die „Post“ hätte besser getan, den gefinnungsverwandten Agrariern den Rat zu erteilen, ihre Arbeiter besser zu behandeln und anständiger zu bezahlen. Der in diesem Falle gegen die Jesuiten geäußerte Haß hat in der Tat einen sehr metallischen Beigeschmack. Allerdings, wenn die Arbeitermassen in Galizien und Rußland, die jedes Jahr über die deutsche Grenze strömen und von der Feldarbeiterzentrale wie das liebe Vieh einfach verteilt werden, endlich Aufklärung finden, dann wird ihre Ausbeutung ganz erheblich erschwert werden. Und das ist so ziemlich das schlimmste, was einem deutschen Agrarier widerfahren könnte.

Getreidezölle in Rußland.

Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß Rußland ein Getreideeinfuhrverbot erlassen wolle, um sich vor der über Riga gehenden massenhaften Einfuhr von Getreide aus Deutschland zu schützen. Diese Mitteilung wird nun offiziös bestritten, und zwar lautet das Dementi wie folgt:

„Auf Beschluß des Ministerrats ist beim Handelsministerium eine besondere Kommission unter Vorsitz des Mitglieds des Conseils des Handelsministers Langowoi eingesetzt, die sich mit der Frage beschäftigen resp. Maßnahmen ausarbeiten soll, auf welche Weise der Einfuhr ausländischen Getreides nach Rußland zu steuern sei. Von einem Einfuhrverbot ist überhaupt nicht die Rede, aber da ausländisches Getreide nach Rußland zollfrei eingeführt werden darf, so wird die Kommission, die ihre Sitzungen noch nicht begonnen hat, wohl zunächst mit der Frage der eutl. Einführung eines Zolles auf ausländisches Getreide sich zu beschäftigen haben.“

In der Wirkung wird die Sache auf das gleiche hinauslaufen, denn der Zoll, den Rußland auf deutsches Getreide legen wird, wird sicher so hoch sein, daß auch die Getreideeinfuhrcheine die Differenz nicht ausgleichen können. Wenn das deutsche Getreide nicht mehr dem deutschen Markt entzogen werden kann, so ist das nur mit Freude zu begrüßen, denn die massenhafte Ausfuhr von Getreide aus Deutschland hat, ganz abgesehen von den Zöllen, wesentlich zur Erhöhung der Getreidepreise mit beigetragen.

Landtagsöffnung in Rudolstadt.

Staatsminister v. d. Recke eröffnete am Mittwoch den Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt, in dem unsere Genossen die Mehrheit haben. Die Thronrede kündigt die Vorlage des Staatshaushaltsetats für die Finanzperiode 1912/14 an. Ferner wird die nachträgliche Genehmigung von vier bereits erlassenen Gesetzen, darunter die bekannte Steuerzulage, erbeten. Donnerstag finden vertrauliche Besprechungen statt, am Freitag wird dann das Präsidium gewählt. Die Wiederwahl des Genossen Winter zum Präsidenten ist natürlich sicher, wegen des Vizepräsidenten finden Verhandlungen mit den Bürgerlichen statt. Sollten diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen, dann Wird Genosse Hartmann Vizepräsident werden.

Was wird mit dem geisteskranken Offizier?

Die „Germania“ bringt die auffallende Meldung, daß der von der Strafkammer in Ratibor, im Prozeß des Amtsrichters Knittel, als bössartiger Geisteskranker gekennzeichnete Hauptmann Kammer noch immer seinen Dienst als Bezirkskommandeur versieht! Das Zentrumsblatt befürchtet, daß die Militärbehörde die ganze Angelegenheit noch weiter treiben wird. — Das ist zweifellos möglich, denn für die Heeresverwaltung war die Freisprechung des Amtsrichters eine eklatante Niederlage, die zu beseitigen man mit allen Mitteln versuchen wird. Die Rechtshaberei ist nirgends mehr ausgeprägt, als wie bei gewissen militärischen Kommandobehörden. Abgesehen von der „Germania“ den Fall Knittel zu einer schätzbaren Denunziation, indem sie schreibt:

„Oberleutnant Schulenburg, Vorsitzender des Kreis-kriegerverbandes Soest, Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Hamm-Soest, wählt den Sozialdemokraten Scheidemann zum Vizepräsidenten des Deutschen Reichstages. Verschiedene Kriegervereine, die es nicht verstehen können, wie ein solcher Arbeiter, wenn er für einen sozialdemokratischen Abgeordneten stimmt, aus dem Verein ausgeschlossen werden muß, während hier ein Landwehroffizier den radikalen Sozialdemokraten Scheidemann, der das preussische Königshaus auf das schwerste beleidigt hat, zum Vizepräsidenten wählen darf, führten Beschwerde wegen der Wiederwahl Schulenburgs zum Kreis-kriegerverbandsvorsitzenden beim Preussischen Landeskriegerverbande. Ohne Rücksicht auf die Beschwerde dieser Kriegervereine und die Stimmung eines großen Teils der Kriegervereinsmitglieder bestätigt der Vorsitzende des Preussischen Landes-kriegerverbandes die Wahl Schulenburgs! Wer versteht das?“

Abgeordneter Schulenburg hat unseres Wissens keineswegs zugegeben, daß er Scheidemann gewählt habe, sondern einfach erklärt — und mit Recht — daß er für seine Handlungen als Abgeordneter dem Kriegerverein keine Rechenhaftigkeit schuldig sei.

Der Parteitag der Fortschrittler.

Die Fortschrittliche Volkspartei hält vom 4. bis 7. Oktober in Mannheim einen allgemeinen Parteitag ab. Die Tagesordnung ist ziemlich reichhaltig, so daß sich neben den Referaten nicht allzu viel in der kurzen Zeit zu den wichtigsten Themen sagen lassen wird. Abg. Fischbeck gibt den Geschäftsbericht, Abg. v. Panzer den Bericht der Reichs-

tagsfraktion, Gothein spricht über wirtschaftliche Fragen, Zollfragen, Steuerung u. Sodann sollen Referate erstattet werden über Fortschrittliche Volkspartei und Landwirtschaft, über Volkspartei und Mittelstand und über die Arbeiterfrage. Außerdem soll Abg. Nommfen noch die Frauenfrage behandeln und Abg. Wiemer die staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Endlich behandelt der Abg. Kopsch die Organisationsfragen. Wenn alle diese wichtigen Fragen nicht nach Art der Ratholikentage durch einfache Vorträge erledigt werden sollen, müßte der Parteitag mindestens acht Tage beisammenbleiben, nicht aber, wie vorgesehen, reichlich drei halbe Tage; die Hälfte der Tagung soll nach dem veröffentlichten Programm auch noch durch Festlichkeiten ausgefüllt werden.

Die „Freisinnige Zeitung“ veröffentlicht die Anträge zum Parteitag. Zur Arbeiterfrage liegt nur ein Antrag Dr. Ublaf, Dr. Fleck und Gen. vor, der indessen über allgemeine Nebensachen auch nicht hinauskommt. Die tatsächliche Ungleichheit zwischen Unternehmer und Arbeiter will der Antrag „durch Ausfüllung der Lücken des Arbeitsrechts, durch Befehle und staatlich getragene Einrichtungen, die den besonderen Bedürfnissen der Schwachen, der Unvermögenden entgegenkommen, ohne der Entwicklung des Handels und der Industrie und der Ausdehnung des Warenmarktes im Weltverkehr zu schaden“ beseitigen. Wir wollen, heißt es in diesem Antrag weiter, nicht den Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitgeber organisieren, sondern eine Rechtsordnung zum Schutze der Abhängigen schaffen, die dem Wohl des Ganzen zuträglich ist.

Pfarrer Naumann scheint uns der rechte Mann zu sein, der über die Lösung der Arbeiterfrage auf der Grundlage eines solchen Antrags reden kann.

Zur Frauenfrage liegen eine große Reihe Anträge vor, die alle auf die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen hinauslaufen. Weitere Anträge zum Programm fordern ein Kommunalprogramm und ein Agrarprogramm. Eine große Menge Anträge wollen die Organisation im Sinne einer schärferen Zentralisation ausbauen. Auch die Beitragsfrage wird durch verschiedene Anträge berührt; einige wollen Jahresbeiträge von 3 und 4 Mk. und eine Abführung an die Zentralkasse von 10—35 Proz., andere Anträge wünschen eine proportionale Besteuerung der Mitglieder. — Zur Wahltaktik fordern einige Anträge, daß vor dem Abschluß von Kompromissen die Wahlkreis-Vertrauensmänner zu hören sind; ein anderer Antrag wünscht in das Parteiprogramm die grundsätzliche Bestimmung aufgenommen, daß für die Zukunft jedes Wahlkompromiß mit dem Zentrum und den Konservativen, als mit den fortschrittlichen Grundsätzen unvereinbar, abzulehnen sei.

Bayrischer Landtag und Teuerung.

In der Fortsetzung der Teuerungsbefatte in der Abgeordnetenkammer, in der das Zentrum nur Hochagrarien reden ließ, gab der liberale Bauer Scheu unumwunden Teuerung und Unterernährung zu. Er sprach sich gegen jede Erhöhung der Zölle aus und für einen sehr vorsichtigen Abbau des jetzigen Systems. Die einheimische Viehproduktion könne nicht Schritt halten mit der Bevölkerungszunahme, deswegen sei die Einfuhr von Fleisch notwendig und Aufhebung der Futtermittelzölle zu erwägen. — Der Bauernbündler Luz glaubt ein Abflauen der Teuerung zu erkennen. Er ist für die Aufrechterhaltung der heutigen Zollpolitik, sympathisiert aber mit der freien Einfuhr von Futtermitteln.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 5. September.

Achtung, Werkarbeiter! Auf der Bootswerft von Schlichting in Travemünde haben die Schiffszimmerer, Tischler, Schlosser, Schmiede und Dreher wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Der Zugang ist streng fernzuhalten. Das Streikomitee.

Die Lübecker Bürgerschaft wird am kommenden Montag zu einer Versammlung zusammentreten, die sich mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Ergründung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung zu beschäftigen haben wird. Es ist nicht der Senat, der den Wunsch hatte, diese wichtige Frage am Montag in der Bürgerschaft zu verhandeln, sondern 31 Mitglieder der Bürgerschaft haben auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion gemäß den Bestimmungen des § 37 der Verfassung die Einberufung der Bürgerschaft verlangt, ein Fall, der sich bisher hier wohl noch nicht ereignet hat.

Bewilligung von Gratifikationen für Beamte. Der Bürgerausschuß hat vor einiger Zeit an den Senat das Ersuchen gerichtet, daß der § 24 des Beamtengesetzes vom 29. April 1899 dahin geändert werde, daß für die Bewilligung von Gratifikationen, soweit nicht durch das Budget oder durch besondere Bewilligung für diesen Zweck Beträge Behörden zur Verfügung gestellt sind, fortan die Zustimmung des Senates und des Bürgerausschusses erforderlich sei. Darauf teilte der Senat gestern dem Bürgerausschuß mit, daß er diesem Ersuchen nicht zustimmen will. „Wenn auch wie bisher grundsätzlich daran festgehalten werden muß, daß der Beamte seine ganze Arbeitskraft in den Dienst des Staates zu stellen hat, ohne auf eine besondere Vergütung Anspruch zu erheben, so muß auf der andern Seite doch zugegeben werden, daß Fälle vorkommen können, in welchen dem Staate so hervorragende Dienste geleistet sind oder in denen das Maß der billigerweise zu verlangenden Arbeitsleistung so bedeutend überschritten worden ist, daß eine besondere Vergütung dieser Tätigkeit durchaus angemessen und geboten erscheint. Darüber zu urteilen, ob ein solcher Fall vorliegt, wird nach Ansicht des Senats nach wie vor, wie auch in anderen Bundesstaaten, dem diskretionären Ermessen der Verwaltung überlassen bleiben müssen. In erster Linie kann nur die dem betreffenden Beamten vorgelegte Behörde unter Berücksichtigung der im einzelnen geleisteten Tätigkeit hierüber ein Urteil abgeben. Am jedoch zu verhindern, daß in derartigen Fällen von den Behörden verschieden und nicht etwa in zu weitherziger Weise verfahren wird, haben die Behörden Anträge auf Gewährung besonderer Vergütungen an die Beamtenskommission des Senates einzureichen, die sie nach Prüfung dem Senat zur Entscheidung vorlegt. Hierdurch ist nach Ansicht des Senates genügend Vorsorge getroffen worden, daß bei der Gewährung von Gratifikationen vorsichtig verfahren wird.“ — Es gibt sehr viele Leute, die diese Ansicht des Senates nicht teilen.

Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Für die innige Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie Herrn Pastor Stücken für die trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank. 3036 Im Nam. d. Hinterbl.: H. Putensen.

Gesucht zum 1. November ein gefeßtes Mädchen bei gutem Lohn. Waschfrau wird gehalten. Zu erfragen Warendorffstr. 27, I. (3041)

Junges sauberes Morgenmädchen zu sofort gesucht. (3038) Sittenstraße 14, I. r.

Eine blühende Wirtin zu verkaufen. (3037) Große Gröpelarube 17, Hof.

Ein Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. (3035) Heinrichstraße 26.

Für Brautleute! (3036) Komplette Wohnungseinrichtungen billig zu verkaufen. Eigene Polsterwerkstatt! Sagen frei! Möbelhandl. Marlesgrube 4.

Zwetschen

täglich frische Zufuhr, prima, 10 Pfd. 1.30 Mt., 100 Pfd. 12 Mt. (3043) C. Heese, L. Jacobsen Nachf., Meierstr. 26, T. 1440.

Zwetschen

empfehl. täglich, prima, 10 Pfd. 1.30 Mt., 100 Pfd. 12 Mt. (3042) O. Voß, Langer Bohberg 50 u. Marktstraße. (3044)

Zwetschen

empfehl. täglich, prima, 10 Pfd. 1.30 Mt., 100 Pfd. 12 Mt. (3042) H. Gehrken, Tel. 2608, Söfstr. 118, Schumayerstr. 8.

Zwetschen

prima Qualität, 10 Pfd. 1.30 Mt., 100 Pfd. 12 Mt., empfehl. (3045) C. Straubing, Fernspr. 1170.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,

zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrass 46.

Schweriner Gaskoks und weisfällischen Hartkoks liefert billigst frei Haus Karl Burmeister, Lindenstr. 44a. Telefon 852. (3049)

Angelernt jeder Art vertilgt unter Garantie P. Kröger, fongsch. und geprüfter Kammerjäger, Kupferschmied 12, II. Spezial: Wannenverteilung. (3048)

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck Otto Albers 10 Markt 4 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.: Lederhosen . . . 2.20—6.45 Maurehosen . . . 2.60—6.75 Schlofferhosen . . . 1.88—5.25 Überziehhosen . . . 1.08—2.35 Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25 Leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Rajen, Semden, Schlichterjeden, Kriseurjeden, Walmantel ebenfalls billig. Nutzen von 30 Pfg. bis 1.88 Mt. Rote Subcam. (2915)



Meierei Schwartau

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (2023)

Gesangverein der Zimmerer.

Einladung zum Sommer-Fest

bestehend in

Preischießen, Konzert, Damen- u. Kindervergnügen und Ball

am Sonntag, dem 8. September 1912

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 4 Uhr. Konzert bis 7 Uhr, nachdem Ba 11. Ende 2 Uhr.

Preis 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Anfang des Schießens: vorm. von 11—1 Uhr, nachm. von 4—8 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein.

Das Komitee.

Mölln.

Sozialdemokratischer Verein

Mitglieder-Versammlung Sonnabend, 7. Septbr.

abends 8 Uhr

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß alle Parteigenossen anwesend sind.

3047)

Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinentenbund
Versammlung

am Freitag, den 6. September

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

3040)

Der Vorstand.



Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Monats-Versammlung

Freitag, 6. September

abends 8 1/2 Uhr

3046)

Der Vorstand.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechzehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksboten“. Johannisstr. 46.

Hansa-Theater.

Lübecks Sensation!

Lura Vodoo

die indische Nackt- und Schlangentänzerin

3050)

und

10 phänomenale Attraktionen.

Um 11 Uhr: Kabarett.

Auftreten neuer Kräfte.

Entree frei. Entree frei.

Die Volksfürsorge und die Sozialdemokratie.

So betitelt sich ein Flugblatt, welches durch die Agenten einer großen kapitalistischen Versicherungsgesellschaft jetzt verbreitet werden soll. Schlotternde Angst und hanebüchene Dummheit spricht aus jeder Zeile dieses öden Machwerks. Es ist bezeichnend, daß, obgleich bis heute die Vorarbeiten für die Betriebseinrichtungen und die Tarife der Volksfürsorge noch nicht einmal beendet sind, und ihre Konzeptionierung durch das Kaiserliche Aufsichtsamt noch nicht erfolgt ist, die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften dennoch schon einen Verleumdungsfeldzug gegen sie eröffnen, der nur beweist, welche die Volksversicherung bisher ein so glänzendes Geschäft war, davor herrschen muß, daß die Versicherer ihre Sache selbst in die Hand nehmen und sich nicht mehr wie geduldige Lämmer von ihnen scheeren lassen.

Wider besseres Wissen werden in dem Flugblatt zunächst die längst widerlegten Lügen wiederholt, die „Volksfürsorge“ solle „von der sozialdemokratischen Partei“ nur deshalb gegründet werden, „um ihre Machtmittel zu verstärken“; ein „neuer sozialdemokratischer Beamtenapparat“ soll installiert werden; bei der Vergebung von Hypotheken werde man die sozialdemokratischen Parteiinteressen fördern usw. usw.

Und dann wirft sich der Verfasser die Toga des Arbeiterfreundes um die Schultern und sagt:

„Für parteipolitische Eingriffe, zur Wahrnehmung sozialdemokratischer Interessen sind die sauer verdienten und noch saurer ersparten Notgroschen unserer deutschen Arbeiter nicht da.“ Wozu sie aber dienen sollen, erzählt der Arbeiterfreund gleich darauf, indem er den deutschen Arbeiter (!!) einzureden versucht, die wahnsinnig hohen Gehälter der Direktoren, die hohen Löhnen der „erstklassigen“ Herren im Aufsichtsrat, die fetten Dividenden der Aktionäre würden in ihrem Interesse gezahlt — denn — aufgepaßt! — dadurch werde „eine zielbewusste, geordnete Verwaltung gewährleistet“. Die Proleten verstehen so was natürlich nicht — das können bei einem guten Frühstück mit Austern und Champagner im Interesse der deutschen Arbeiter einzig und allein Herzöge, Barone, Kommerzienräte und dergleichen „erstklassige Personen“, die Leute zu den Aufsichtsratsmitgliedern der großen Gesellschaften zählen, besorgen. Für wie dumm muß doch dieser Flachkopf von Verfasser die deutschen Arbeiter halten! Das beweist er dann dadurch, daß er von „so häufig erwiesenen Korruptionen“ bei anderen sozialdemokratischen Einrichtungen, von der „vielsachen Mißwirtschaft in den Krankenkassen, genossenschaftlichen Unternehmungen usw.“ schwätzt.

Warum wir von dem entsetzlich leichtem Gesafel Notiz nehmen? Wir befürchten, einige unserer Arbeiter könnten sich in ihrer Empörung über die verleumderischen Angriffe zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Wer weiß, vielleicht ist das sogar beabsichtigt und deshalb warnen wir alle diejenigen, die bei den kapitalistischen Versicherungsgesellschaften durch mehrjährige Beitragszahlungen erworbene Rechte besitzen, diese nicht ohne weiteres aufzugeben. Wenn dies als Protest gegen diese „infame Heise“ geschehe, würden sich die „erstklassigen Herren“ nur ins Häußchen lachen und die verfallenen

„sauer ersparten Notgroschen“ schmunzelnd in die Tasche stecken. Wer Ansprüche besitzt, erhalte sie sich, indem er zum mindesten solange seine Beiträge weiterbezahlt, daß er berechtigt ist, von der Gesellschaft die Umwandlung seiner Police in eine Freipolice zu fordern. Ist die Zeit bis zur Beendigung seiner Zahlungen für die garantierte Versicherungssumme nicht mehr fern, dann empfiehlt sich ohne weiteres die volle Erfüllung seiner Verpflichtungen, da die Umwandlung seiner Police in eine Freipolice für ihn immer einen materiellen Verlust bedeutet.

An alle bis jetzt nicht versicherten Arbeiter richten wir die Mahnung, die beispiellosen verleumderischen Angriffe auf die in ihrem Interesse beschlossene Errichtung der Volksfürsorge damit zu beantworten, daß sie hinfür keine Versicherung bei den kapitalistischen Gesellschaften mehr abschließen. Eine geradezu stieberhafte Tätigkeit ist von diesen in den letzten Monaten entfaltet worden; sie haben alle Mienen springen lassen, um das Zustandekommen der Volksfürsorge zu verhindern, nicht willfährige bürgerliche Blätter zu beeinflussen versucht, indem sie auf ihre großen Annoncen hinwiesen und bieten jetzt alles auf, um diejenigen, die nach einem bekannten Sprichwort nie alle werden, in letzter Stunde noch an sich zu reißen.

Trotz allen Mühe aber wissen sie heute schon, die Volksfürsorge kann nicht verboten werden, weil die Heher nicht in der Lage sind, auch nur eine ihrer Behauptungen zu beweisen. Aber — wann die Konzeptionierung erfolgt, vermag heute noch keiner zu sagen. Deshalb heißt es noch heute für die begeisterten Freunde der Volksfürsorge etwas Geduld zu haben. Aber auch dann, wenn die Volksfürsorge ihren Betrieb eröffnet, wird sie dies nicht plötzlich in ganz Deutschland auf einmal zu tun in der Lage sein. Sie würde in der Zeit von Anträgen, die ihr täglich zugehen würden, einfach erstickt. Gut Ding will Weile haben; eine große Organisation läßt sich nicht plötzlich aus dem Erdboden stampfen. Das darf aber keinen hindern, nachdem die Errichtung der Volksfürsorge von den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossen ist, konsequent zu handeln und allen Lockungen und Verleumdungen zum Trotz den Sendboten der „Erstklassigen“ zu erklären: „Wir versichern uns in Zukunft nur noch bei der „Volksfürsorge“!

Gummiknäppel für das hungernde Volk.

In Braunschweig protestierten, wie wir schon berichteten, die Arbeiter am Sonntag in einer Riesensammlung gegen die Fleischverteuerungspolitik der Regierung. Obgleich sich die Versammlungsteilnehmer nach Schluß der Versammlung nach allen Richtungen der Stadt in Trupps zerstreuten, kam es durch die Maßnahmen der Polizei zu zwei ernsthaften Zusammenstößen. Die Polizei hatte förmlich mobil gemacht, wie der nachsichende polizeiliche Dienstbefehl zeigt:

„Befehl vom 30. August 1912.

Am Sonntag, dem 1. September d. J., vormittags 11 1/2 Uhr, findet im Konzerthaus eine große öffentliche Protestversammlung statt. Alle Beamte einschließlich die der Spezialabteilung verammeln sich 11 1/2 Uhr vormittags in Herzogk. Polizeidirektion.

Die Bezirksbureaus bleiben mit einem Beamten besetzt. Die Wächter der Bezirke 3 und 4 versammeln sich zur selben Zeit im Bureau des 4. Polizeibezirks, die Bezirke 8 und 9 in Herzogl. Polizeidirektion.

Außerdem kommandieren die Bezirke 1 und 2 und 5 und 6 und 7 je 4 Wächter, die sich ebenfalls 11 1/2 Uhr in Herzogl. Polizei zu melden haben.

Dem Polizei-Oberwachtmeister Schulze stehen 4 vom Polizei-Oberwachtmeister Gerede näher zu bezeichnende Kriminal-Polizeiergeanten zur Verfügung. Polizeiergeant Conrad benachrichtigt bei einem eventuellen Ausrücken die Schloßwache in üblicher Weise.

Die Befehle der Straßen wie immer. In Herzogl. Polizeidirektion bleibt zur Entgegennahme von Anzeigen Kriminalpolizei-Oberwachtmeister Gerede.

Bei einem Ausrücken vertritt der Polizei-Oberwachtmeister Müller den beurlaubten Polizei-Oberwachtmeister Gieseke. Polizei-Wachtmeister Bode übernimmt die Reserve-Abteilung am Herzog-Wilhelm-Denkmal.

Die Radfahrer der Bezirke 8 und 9 stehen in Herzogl. Polizeidirektion bereit. Der Radfahrer des 3. Polizeibezirks befährt die Bezirke 3 und 4, der des 5. Polizeibezirks die Bezirke 5 und 6, der des 7. Polizeibezirks den Polizeibezirk 7.

Polizei-Oberwachtmeister Erdmann bleibt im Bureau des 4. Polizeibezirks und regelt den Dienst mit dem Wächter dort wie üblich.

Die Polizei sperrte die am Schloß vorbeiziehende Straße, den Bohlweg gegen die von der Versammlung kommenden Arbeiter ab, während die Angehörigen der besseren Gesellschaft zu Hunderten ungehindert die Straße begehren durften. Gegen eine Gruppe von einigen hundert Arbeitern, die durch das Massenaufgebot von Polizisten zusammengedrängt wurde, schlug die Polizei sofort mit ihren neu eingeführten Gummiknäppeln drein und verhaftete auch einige Personen. Selbst Frauen wurden mit dem Gummiknäppel bedroht. Die Polizei wird ihr völlig unmotiviertes Vorgehen mit dem Einwand begründen, daß sie eine Verkehrsstörung durch die Versammlungsbefucher habe verhindern müssen; die Verkehrsstörung entstand erst durch die Absperrung der Polizei. Überdies kann die Polizei auch wirklicher Verkehrsstörung ruhig zusehen. Zum Sebdarrummel waren Sonnabend abend auf dem Altstadtmarkt tausende von Hurrapatrotten versammelt, um die Rede eines Geistlichen anzuhören. Stundenlang wurde der Verkehr im vollsten Sinne des Wortes auf einer der verkehrsreichsten Stelle der Stadt gehemmt. Jeglicher Wagenverkehr war unmöglich und die Fußgänger mußten größere Umwege machen, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Am Sonntag fanden mehrere Umzüge der Hurrapatrotten statt. Alles war den Herren erlaubt, auch der größtenteils Unfug auf ihrem Festplatz inmitten der Stadt. Den in völliger Ruhe ihren Wohnungen zustrebenden Arbeitern aber trat man mit dem Gummiknäppel entgegen, obgleich sie, wie die übrigen Straßenpassanten, plaudernd in regellosen Gruppen nur das Recht für sich in Anspruch nahmen, den nächsten Weg zu wählen, der zufällig am Schloß vorbeiführt.

Das Verfassungs-„Experiment“ in Ohio.

Aus Newyork wird uns geschrieben: Die Bürger des Staates Ohio, mit fast 5 Millionen Einwohnern gegenwärtig der volkreichste und entwickeltste der Union nach Newyork, Pennsylvania und Illinois, hat am 3. Sep-

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(18. Fortsetzung.)

„D, bei der Frage fällt mir etwas total Vergessenes ein,“ unterbrach ihn Harriet, sich erhebend, „darf ich Sie wohl bitten, Mr. Reichardt, mich auf einige Augenblicke zu meinem Vater zu begleiten? Die Herren werden entschuldigen — ich bin schnell wieder hier, Mutter!“ wandte sie sich zurück, und im nächsten Augenblick fand sich dann Reichardt an ihrer Seite, der nächsten offenen Tür zuschreitend.

„Ich begehre die größte Lorheit, Sie zu meiner Begleitung aufzufordern,“ sagte sie, als beide das nächste Zimmer erreichten, in welchem das Reden und Lachen der umherstehenden und stehenden Gruppen jedes Einzelgespräch verdrängte, „ich sollte Ihre halber allen Schein einer näheren Bekanntschaft zwischen uns meiden, bis Sie Ihren Boden unter den Füßen haben; aber als die schwarze Schlange sich zu uns setzte und ich so recht zwischen ihr und der Eidechse saß, überkam es mich fast wie Angst — und dazu Ihr sonderbares Gesicht! Kennen Sie den Mr. Curry? Ich habe etwas in Ihrem Auge gelesen, das anders erzählte, als Sie gestanden, und mir liegt an allem, was den Mann betrifft, mehr, als ich Ihnen jetzt sagen kann. Sprechen Sie, Sir, damit ich rasch zu einem andern Punkte kommen kann — wenn der Tanz begonnen hat, werde ich kaum ein unbehörliches Wort mit Ihnen reden können.“

„Ich weiß kaum, Miß Harriet, was ich Ihnen erwidern soll,“ entgegnete Reichardt, während sie zwischen den Gruppen promenierte, in augenblicklicher Verlegenheit, „ich habe in Saratoga durch einen gewöhnlichen Zufall eine Art geistlicher Zusprache des Mannes belauscht, die mir ganz wunderbar erschien, obgleich sie vielleicht zu den methodistischen Gebrauchen, die ich nicht kenne, gehören mag.“

„Sie wollen nicht offen reden, Sir, ich höre es!“ unterbrach sie ihn, wie ungeduldig. „Sie dürfen aber nicht zurückhalten, Sie können nicht wissen, wieviel Wichtiges in dem, was Sie belauscht, für mich liegen mag. Ich werde Ihnen indessen in voller Offenheit vorangehen — lassen Sie uns ein anderes Zimmer aufsuchen, in dem wir weniger beobachtet sind!“

Sie führte ihn durch die offenen belebten Räume nach einem der Hinterparlors; beim Durchschreiten der Vorhalle aber kam ihnen der alte Burton in Begleitung einer kleinen Anzahl seiner männlichen Gäste entgegen.

„Mr. Reichardt glaubt nicht, Vater, daß wir im Hinterwalde auch etwas Rechtes von Musikalien haben können, und so muß ich jedenfalls unsere Ehre retten!“ rief sie ihm lachend zu.

„Verstehe wenig von der Sache selbst, Sir, und ich will also auch ihre Wichtigkeit nicht bestreiten,“ wandte sich der Angeredete launig an den jungen Mann, „sonst hätte ich Sie gebeten, sich uns zu einer anderen Inspektion anzuschließen. Indessen sollen Sie nicht darum kommen, wir sehen uns nachher schon wieder.“ Er schritt, von seinen Begleitern gefolgt, der Treppe zum oberen Stock zu, und das Mädchen wandte sich nach einem offenen, aber jetzt gänzlich verlassenen Zimmer, dessen Mitte ein reiches Piano einnahm.

„Hier blättern Sie,“ sagte sie, eines der dortliegenden gebundenen Notenbücher vor ihm öffnend, „ich denke, die Beschäftigung wird für jeden Beobachter genügen und uns frei von Gesellschaft halten!“ Sie setzte sich, unweit von ihm, nachlässig auf den Pianosessel, als verfolgte sie eine Prüfung seinerseits, und begann mit vorsichtig gemäßigtem Tone wieder:

„Ich habe Ihnen gesagt, daß ich erst vor zwei Jahren hierher wieder zurückkehrte, das war zu der Zeit, als Papa zum zweiten Male geheiratet hatte, und ich fand eine neue Mutter, an die ich mich anschloß, so wenig wir auch harmonierten, weil ich sah, wie sehr Vater es wünschte. Es ging alles gut, bis vor sechs Monaten von dem methodistischen Prediger eine neue Glaubenserweckung veranstaltet wurde; das Revival währte drei Tage, und bei vielen soll der Eindruck ein kaum zu schilbernder gewesen sein, darunter auch die Schwester des Mr. Young, welche in Konvulsionen und Bewußtlosigkeit gefallen ist, daß sie sich heute von den Folgen noch nicht ganz erholt zu haben scheint. Auch Mutter, welche zur Gemeinde gehörte, wurde von da ab eifrigeres Kirchenmitglied als je; aber erst zwei Monate darauf begann ich einen persönlichen Einfluß des Mr. Curry auf sie wahrzunehmen. Seine Privatbesuche in unserm Hause wurden häufiger und fanden meist während Pa's Abwesenheit statt; plötzlich wird der Mr. Young, der noch niemals in unserm Kreise gesehen worden, hier durch Mr. Curry eingeführt und wird nach kurzem ein Günstling der Mutter, als habe er versprochen, seine Seele auf methodistische Weise retten zu lassen. Ich hatte nichts wider ihn, denn er half mir zum Zeitvertreib, und bisweilen taten mir meine eigenen Leiden leid, wenn ich die Geduld sah, mit welcher er sie ertrug; erst als wir nach unser Abreise von Saratoga einige Tage in Newyork verweilten, sollte ich merken, wohin alles zielte. Mutter hatte den Ausflug, welchen ich mit Großmutter unter-

nommen, nicht mitgemacht und war zwei Tage länger mit einer andern Familie in Saratoga geblieben; am Tage darauf nun, nachdem wir zusammengetroffen, fragt sie mich in Pa's Gegenwart, ob Mr. Young sich in Saratoga gegen mich erklärt habe; so viel sie wisse, sei er doch zu keinem andern Zwecke uns nachgereist — ich sehe meinen Vater an, als würde mir ein Rätsel aufgegeben; der aber lacht nur und sagt, er habe noch nie meinen Neigungen viel entgegenlegen können und werde es auch jetzt nicht tun; übrigens sei Young ein gewürfelter Geschäftsmann und ein solider junger Mann, gegen den sich kaum etwas sagen lasse. Sie ist aber verwundert erwiderte, daß mir ein derartiger Gebanke noch nicht einmal in den Kopf gekommen sei, geht er lachend zur Tür hinaus und sagt, ich möge das mit der Mutter und dem jungen Gentleman ausmachen. Die Mutter aber erklärt mir, sehr ernst werdend, daß keine achtungswerte junge Lady einem jungen Manne soviel Ermütigung geben würde, wie ich es getan, wenn sie die erregten Hoffnungen nicht auch zu erfüllen dächte. Mr. Young habe bereits ihrerseits die Zustimmung zu seinen Absichten erhalten, und sie hoffe, ich werde sie nicht zum Spielzeug meiner Launen machen wollen. Ich hatte also Ermütigung gegeben und Hoffnungen erregt, während ich doch wußte, daß ich als Mann keinen Tag unter einer solchen Behandlung hätte ausdauern können! Führ die Erzählende fort und lande einen scharf beobachtenden Blick durch die offene Tür. „Ich hätte ihr gern ohne weiteres ins Gesicht gelacht, wenn mir nicht wie ein Blitz die Erkenntnis gekommen wäre, daß dieselbe Redensart jedenfalls bei meinem Vater gebraucht worden war, um ihn an eine Zustimmung meinerseits glauben zu machen, und daß jede Zurückweisung des Heiratsprojektes nur wieder als eine meiner Launen hingestellt werden würde; daß ich sicherlich einem wohlbedachten Plane gegenüberstand, welchem der Einfluß des methodistischen Predigers zugrunde lag. Was dem Manne an dieser Heirat liegen konnte, wußte ich nicht, aber ich war meiner Sache vollkommen sicher.“

„Ich hätte bei alledem die Angelegenheit nur fest und bestimmt von mir zu weissen brauchen — ich besitze das Vermögen von meiner verstorbenen Mutter und bin selbständig, sobald ich es nur will; aber ich mochte meinem Vater nicht die Unruhe eines innern häuslichen Kampfes machen, wie er sicher hervorgerufen worden wäre. Ich weiß, daß seine größte Genugtuung in der Harmonie zwischen mir und seiner Frau liegt und daß ich gerade hierin am meisten meine Liebe zu mir vergelten kann; zudem aber beherrscht ihn Mrs. Burtons Einfluß mehr, als es wohl sein dürfte — und so stand es in mir fest, erst im äußersten Falle zu äußeren Mitteln zu greifen. Ich wandte Mrs. Burton lachend

tember durch ein außerordentliches Referendum über den Entwurf einer neuen Staats-Konstitution zu entscheiden, der durch einen Ende Mai nach fast fünfmonatiger Lagung geschlossenen Verfassungskonvent gezeitert worden und als das erste große greifbare Ergebnis der neueren radikalen Bewegung in Amerika zu betrachten ist. Die Tendenz des Verfassungs-Dokuments liegt unzweifelhaft in der Richtung einer kräftigen Förderung der Volksherrschaft gegenüber den korrupten „Spezial-Interessen“ und der Durchsetzung eines halbwegs modernen sozialen Rechtes entgegen der extremen Manchesterei, wie sie die geltende, vom Jahre 1851 datierende Staatsverfassung kennzeichnet und überhaupt mit dem politischen Amerikanismus bis vor kurzem fast identisch war. Wie fast alle anderen Staatsverfassungen der Union und die Bundesverfassung selber enthält auch die gegenwärtige Konstitution eine Art „Erklärung der Menschenrechte“ (Bill of Rights), die in der Hauptsache besagt, daß „alle Menschen von Natur frei und unabhängig sind und gewisse unveräußerliche Rechte haben, unter denen sich die des Genusses und der Verteidigung von Leben und Freiheit, des Erwerbs, Besitzes und Schutzes persönlichen Eigentums und des Bestrebens und Erlangens von Glück und Sicherheit befinden.“ Wie in allen übrigen Staaten des Bundes und im Bunde selber haben diese schönen „Grundrechte“ den Richtern nur dazu gedient, alle in den Bedürfnissen des seit 1851 gerade in Ohio mächtig emporgeblühten industriellen Lebens wurzelnde Gesetzgebung als „unkonstitutionell“ zunichte zu machen oder doch auf Schritt und Tritt zu hemmen, wenigstens, soweit eine solche Gesetzgebung den arbeitenden Massen zugute kommen sollte. Der neue Verfassungsentwurf richtet denn auch seine Spitze in erster Linie gegen die oligarchischen Gelüste des Richtertums, daneben auch gegen die Vetogewalt des Staatsgouverneurs und erweitert dafür die Rechte des Staatsparlaments, jedoch bei gleichzeitiger Unterwerfung der Legislatur unter eine schärfere Volkskontrolle. In erster Linie wird die Möglichkeit der Amendierung der Staatsverfassung erleichtert. Statt einer Dreifünftelmehrheit aller Mitglieder jeden Hauses der Staats-Legislatur, wie sie bisher hierfür erforderlich war, soll künftig eine einfache Mehrheit der tatsächlich an der Abstimmung teilnehmenden Gesetzgeber entscheiden, und das vom Volke zu sprechende letzte Wort allein kann nach einer weiteren Bestimmung durch ein spezielles Referendum erwirkt werden, anstatt daß die Volksabstimmung in Verbindung mit den alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Wahlen erfolgen muß. In demselben Artikel, in dem die neue Konstitution der „General Assembly“, bestehend aus Senat und Assembly, die gesetzgebende Funktion zuweist, stellt sie auch das Volksrecht der Initiative fest, und zwar mit dem Passus: „... aber das Volk behält sich selber die Macht vor, der General Assembly Gesetzentwürfe oder Abänderungsanträge zur Verfassung zu unterbreiten und hierüber durch Referendum zu entscheiden. Die Regierung soll auf Verlangen von nicht weniger als 10 Prozent der Wähler auch verpflichtet sein, Amendements zur Konstitution der Volksabstimmung zu unterwerfen.“ Prinzipiell unterscheidet sich diese Bestimmung wenig von dem Nosivschischen „Widerstand richterlicher Entscheidungen“, soweit diese konstitutionelle Fragen betreffen. Leider hat der Verfassungskonvent von Ohio sich nicht dazu aufraffen können, den Richtern die Befugnis der verfassungsmäßigen Nachprüfung der Gesetze überhaupt zu entziehen, immerhin werden den Richtern die Hügel einigermaßen beschmitten durch die Bestimmung, daß die Nichtigkeitsklärung eines Gesetzes durch das Richterkollegium des Staats-Obergerichts gegen höchstens eine dissentierende Stimme erfolgen kann, sofern nicht eine in diesem Sinne entscheidende einfache Mehrheit des Kollegiums von einer gleichen Entscheidung der einfachen Mehrheit der Appellationsrichter gestützt wird. Im übrigen wird die Gefährlichkeit des Richtertums direkt und indirekt noch auf verschiedene Weise eingeschränkt. Der Legislativrat wird die Macht verliehen, eine gerichtliche Regelung des Strafverfahrens wegen „Gerichtsmißachtung“ eintreten zu lassen

und die Strafbefugnis der Gerichte in solchen Verfahren in bestimmter Weise zu begrenzen. Bisher herrschte auf diesem Gebiete richterliche Willkür noch ganz unangefastet, und wie weit diese in Amerika gehen kann, hat am deutlichsten die Verurteilung der Gompers, Mitchell und Morrison wegen Verurteilung der als „Gerichtsmißachtung“ betrachteten Boykottklärung gegen die Buck Stove Compagnie gezeigt. Ferner wird den Richtern das Recht aberkannt, in Arbeiter-Streitigkeiten „Einhaltsbefehle“ zu erlassen, es sei denn, daß diese gegen die Schädigung oder Zerstörung materiellen Eigentums gerichtet sind, und in diesem Falle sollen die Angeklagten berechtigt sein, Verweisung vor ein Schwurgericht zu verlangen. Schließlich wird neben dem Gouverneur auch dem Staatsparlament das Recht zuerkannt, moralisch oder gesetzlich anständige Richter-Karrieren durch vereinfachtes Absetzungsverfahren zu beenden. Einen großen Fortschritt bedeuten die Bestimmungen der Konstitution bezüglich der Fragen des Arbeitsverhältnisses. Klipp und klar wird hier, zum ersten Male in der amerikanischen Verfassungsliteratur, das uneingeschränkte Recht der Gesetzgebung anerkannt, die Arbeitszeit zu begrenzen und Minimallöhne festzusetzen, sowie eine Staats-Unfall- und Krankversicherung der Arbeiter mit Zwangsbeiträgen der Arbeitgeber einzuführen. Einfache Mehrheit des Parlaments genügt endlich, ein Veto des Gouverneurs wirkungslos zu machen. Die Annahme des Verfassungsentwurfs erscheint zweifellos, und ebenso sicher ist, daß das radikale Ohio Schule machen wird.

Die Zollerträge von Nahrungs- und Genußmitteln.

Im Jahre 1911 sind die über unsere Grenze eingeführten und zollpflichtigen Nahrungs- und Genußmittel mit insgesamt 562539000 Mark verzollt worden, das ist gleich 23 Prozent ihres Wertes!

Wir stellen in nachfolgendem die wichtigsten Nahrungsmittel und die Zollerträge, die bei ihrer Einfuhr erzielt wurden, für die Jahre 1907 bis 1911 nebeneinander. Für 1911 teilen wir noch die Prozentziffer der Belastung des Wertes der eingeführten Produkte durch den Zoll mit.

bei der Einfuhr von	Zollertrag					Der Zoll betrug in % d. Wertes
	in Millionen Mark					
	1907	1908	1909	1910	1911	1911
Getreide	257,9	205,4	244,5	242,1	282,7	25
Kaffee, roh	57,4	76,7	93,4	100,7	109,1	44
Tabakblätter	58,5	63,8	75,0	90,1	103,3	89
Wein	22,8	24,5	22,5	29,6	29,4	45
Erdfrüchte	11,3	10,8	11,4	11,7	12,5	17
Tabakerzeugnisse	8,2	8,9	10,1	10,2	12,3	98
Schmalz	13,8	13,6	12,0	8,1	12,2	11
Butter u. Marg.	7,9	6,9	6,9	8,4	11,2	9
Kakao, roh	6,9	6,7	8,0	8,6	10,0	18
Reis	6,2	6,4	6,5	7,0	7,1	20
Rinder u. Schafe Fleisch- und -Erzeugnisse	7,3	7,9	7,4	8,1	7,1	12
Obstfrüchte	5,3	4,6	6,7	5,7	6,1	24
Milchfrüchte	3,2	3,0	3,9	3,9	5,4	8
Käse	5,1	5,2	5,4	5,3	5,3	17
Gewürze	4,9	5,6	5,0	4,1	4,4	31
Eier	3,6	3,4	3,4	3,8	4,0	2
Lee	0,9	0,9	1,7	2,9	3,7	50
Seringe	3,8	3,6	3,7	3,8	3,5	9
Obst, Beeren	3,3	3,8	3,5	3,3	3,1	6
Wädhlen-erzeugnisse	2,2	2,2	1,9	1,8	1,7	21
Kakao						
Schokolade	1,4	1,3	1,5	1,6	1,7	21
Schweine	1,1	1,4	1,8	1,5	1,6	11

Nahrungs- und Genußmittel überhaupt 483,2 482,1 493,8 498,0 562,5 20

Unsere eingeführten Nahrungs- und Genußmittel sind mit 20 Prozent ihres Wertes belastet! Ein Fünftel ihres Wertes fließt in die Reichszollkasse! Um so viel

verteuert sich natürlich mindestens das Produkt. Es kommt aber noch hinzu, daß die Zollschereisen, die besonders vorgeschriebenen Quarantäne-, Wiege- und Verladebedingungen ja sämtlich verteuert wirken. Das wenige Fleisch, was zu uns durch die Grenzsperr hereingelassen wird, muß mit 11, 12, ja 24 Prozent seines Wertes „büßen“. Beim Getreide ist es durch die Einfuhrsperre dahingekommen, daß dem Volke zwar eine Riesenschuld aufgebürdet ist — der Preis verteuert sich ja allein durch den Zoll um 25 Prozent! — die Zolleinnahmen aber zu einem erheblichen Teile in die Taschen der Agrarier fließen! Am ungeheuerlichsten ist die Zollbelastung bei dem Tabak und den Tabakerzeugnissen, sie beträgt 89 und 93 Prozent des Wertes!

So sieht der Wahnsinn des Hochschutzzolles aus! So viele Millionen werden dem Volke allein auf diesem Wege aus der Tasche geholt!!

Aus der Partei.

Zum württembergischen Parteitag. Bei der Eile, mit welcher der umfangreiche Bericht über den württembergischen Parteitag übermittelt werden mußte, sind einige Unklarheiten mit unterlaufen. Wir tragen deshalb die Resolution Heymann und die Erklärung der Stuttgarter Parteigenossen in ihrem Wortlaute nach. Die Resolution Heymann lautet:

„Die Landesversammlung spricht hiermit aus, daß der Landesvorstand mit der vor der Reichstagswahl erfolgten Kündigung der Redakteure pflichtgemäß im Sinne und im Willen des Beschlusses der vorjährigen Landesversammlung gehandelt hat. Insofern der Landesvorstand von diesem Beschlusse abwich, als er die Mitwirkung der Preßkommission bei der Neubesetzung der Redaktion ermöglichte, erblickt die Landesversammlung darin das Bestreben, den Wünschen der vorjährigen Minderheit im Interesse der Befestigung bestehender Differenzen entgegenzukommen, und sie erklärt, in diesem Sinne ihre Zustimmung zu den Beschlüssen zu geben. In der Frage der Sanierung des Göppinger Unternehmens hat der Landesvorstand in weitgehend entgegenkommender Weise gehandelt, wofür ihm die Landesversammlung ihre Zustimmung ausspricht. Sie gibt ihrer schärfsten Entrüstung darüber Ausdruck, daß Gen. Westmeyer in diesen und anderen Fragen durch seine wahrheitswidrigen Berichte in Versammlungen wie in der Presse der Partei so schweren Schaden zugefügt hat. Die Landesversammlung erwartet vom Landesvorstand, daß er in ähnlichen Fällen mit Anwendung der statutarischen Mittel vorgeht, die notwendig sind, um die Partei vor derartigen Erschütterungen und Schädigungen zu bewahren.“

Diese Resolution wurde angenommen. Darauf gab Gen. Haug-Krummenacker im Auftrage von 35 Stuttgarter und 61 ländlichen, zusammen 96 Delegierten, folgende Erklärung ab:

„Die Unterzeichneten erklären zu der Resolution Heymann, daß auch sie die allgemeine Tätigkeit des Landesvorstandes, soweit nicht seine Beteiligung an inneren Streitigkeiten in Betracht kommt — durchaus anerkennen. Soweit die Resolution sich aber gegen den Gen. Westmeyer richtet, weisen sie diese mit aller Entschiedenheit zurück. Es ist bisher in der Partei nicht üblich gewesen, einen Genossen zu verurteilen, ohne daß vorher ein ordentliches Gerichtsverfahren stattgefunden hat, wie es im Statut der deutschen Sozialdemokratie vorgeschrieben ist. Aus diesen Gründen verstoßt dieser Teil der Resolution Heymann direkt gegen die statutarischen Bestimmungen unserer Partei, er ist also in seinem materiellen Teil null und nichtig. Wir erklären, daß der Genosse Westmeyer nach wie vor unser Vertrauen besitzt.“

Genosse Crispian schreibt uns, daß er zu dem Wortwurf, bei der Aufnahme von Artikeln eine bestimmte Richtung zu begünstigen, gesagt habe:

Wir haben gewiß Artikel von Pannekoek gebracht, jedoch durchaus nicht alle. Dagegen während meiner Redaktionsstätigkeit Artikel von Kadef nicht. Jedoch nicht aus den Gründen, die vielleicht mancher annimmt, der Kadef für parteischädigend hält, sondern aus sachlichen Gründen.“

Weiter bemerkt Genosse Crispian, daß es sich, soweit Kadef in Betracht kommt, um eine Zeit handelt, die vor dem inzwischen erfolgten Ausschuß Kadefs aus der Partei liegt.

den Rücken und sagte ihr, daß ich noch kein Wort von Mr. Young über seine Absichten gehört, daß sie selbst auch wohl unter einer Täuschung lebe, denn gewöhnlich spräche ein junger Mann zu dem Mädchen zuerst, und behandelte von da an die Sache als einen lässigen Scherz, selbst als Margarets Bruder, mit dem ich halb angetanzt worden, in dem Tone eines unglücklichen Liebhabers gratulierte. Ich möchte nicht einmal Margarets mein Herz öffnen, da ich noch nirgends den Weg, welchen ich zu gehen hatte, klar vor mir sah. Erst auf der Reise entwickelten sich einzelne Gedanken klarer in mir. Youngs ganzer Reichtum liegt, so viel ich gehört, in seinem kaum bedeutenden Geschäft, und so war es jedenfalls nur die „gute Partie“, welche er in mir im Auge hatte — unverständlich aber in jeder Beziehung war mir die enge Freundschaft zwischen ihm und dem so viel älteren Methodistenprediger, sowie dessen sonderbarer Einfluß auf Mrs. Burton, der in dieser maßgebenden Wirkung, wie er sich jetzt auf mich zu erheben dachte, sich nicht durch die gewöhnliche Kirchenverbindung erklären ließ; und je mehr ich mir verhielt, desto länger und unabweisbarer Einzelheiten in meine Erinnerung zurückfiel, je mehr wurde es mir, als müßten Beziehungen zwischen diesen Dreien existieren, wie sie nicht dem gewöhnlichen Leben entsprängen. Zugewandt mochte ich mich wohl deshalb eine Karrieren heißen, aber je klarer ich die Verhältnisse vor mir stellte, je bestimmter lehrten dieselben Gedanken zurück. Wäre ich selbst Schlangengott, um im Verborgenen zu lauern und zu kriechen, so könnte es mir vielleicht gelingen, einen Anknüpfungspunkt für meine Vermutungen zu entdecken — sie hielt inne, als sei sie schon im Gitter ihrer Rede zu weit gegangen. Reichardt, der fortwährend mit aufmerksamen Interesse in den Worten geblüht, sah jetzt halb auf und ward von dem heischen Gesichte des Mädchens tief betroffen; sie aber hörte noch dem Geräusch der vernehmlichen Menge hinüber und sah dann fort. „Ich habe eine Ahnung, daß ich heute durch Aberrumpelung gefangen werden soll. Sie tragen durch Ihre Unterbrechung wahrscheinlich die einzige Schuld, daß Young nicht zu einer Erklärung gegen mich gekommen ist. Noch mehr als Ihr Desinteresse aber verleiht mir Ihr sonderbarer Blick und das Reden, mit welchem Sie dem Prediger gegenübertraten. Ich habe keine Begründung dafür, nur war es aber, als gäbe Sie damit all den klaren Ausdruck, was ich kaum zur Verhüllung in mir werden lassen möchte.“

Zwei Geigen und ein Tambourin, welche die Einleitungsstücke zu einer Quadrille begannen, unterbrachen die Erzählung, und eine plötzliche rauschende Bewegung kam über die Menge in den aufsteigenden Räumen.

„Jetzt werde ich vernichtet werden!“ rief Harriet aufspringend, „ich werde aber sicher die Gelegenheit herbeiführen, Sie heute noch weiter zu sprechen — bleiben Sie jetzt noch eine kurze Zeit hier!“ Mit einer leichten Wendung hatte sie schnell die Tür erreicht und verschwand in der Vorhalle.

Reichardt begann wieder mechanisch in dem Notenbuche zu blättern — er war in einer so sonderbar erregten Stimmung, wie er sie noch kaum gefannt. Der Anfang eines Familien-Dramas stand vor ihm — er zweifelte keinen Augenblick, daß Harriets Stiefmutter es gewesen, welche er in Gesellschaft des methodistischen Tartuffe belauscht, daß die „bräunliche Liebe“, mit welcher sie den „Bruderkuß“ des Straßens erwidern sollte, sich bei ihr eingefunden; er zweifelte auch nicht, daß Harriets seltene Andeutungen sich nur auf ein derartiges Verhältnis bezogen. Das Mädchen aber hatte ihn mit einem so völligen Aufgeben aller Schranken oder Rückhöner zu ihrem Vertrauen gemacht, als gäbe es überhaupt kaum noch etwas zwischen ihnen zu verbergen, als sei es nur natürlich, daß er ihre Interessen zu den seinigen mache, und ihr ganzes Wesen, mit welchem sie sich ihm ganz ans Herz zu werfen schien, hatte ihn tiefer angetrieben, als ein körperliches Hingeben es nur vermocht hätte.

Aus den übrigen Räumen klang die Negermusik und das Rauschen der tanzenden Paare; Reichardt fuhr aber aus dem halben Träumen, in welches er versunken war, erst auf, als sich eine Hand auf seine Schulter legte. „Sie tanzen nicht, Sir?“ rief er des alten Burton Stimme, „very well, so kommen Sie für ein paar Minuten mit mir. Wir müssen heute noch dafür sorgen, daß Sie einen Boden unter sich bekommen, wie ich merke, und ich denke, wir schaffen es fertig — Harriet göb' mir sonst in einem Jahre kein freundliches Gesicht mehr.“ Er hatte leicht den Arm des jungen Mannes ergriffen und leitete ihn nach dem oberen Stock hinauf, wo sich ein Zimmer vor ihnen öffnete, das augenscheinlich zum Rückzugsquartier für die älteren männlichen Gäste eingerichtet war. Der Mittelstisch zeigte Flaschen mit Spirituosen nebst Gläsern und Zigarren, während auf einzelnen Nebentischen Kartenpakete zum Gebrauch bereit lagen; jetzt indeßen schien die kleine Anzahl von Männern, welche zerstreut auf Divans und Stühlen umherlag, in einem angelegentlichen Gespräch begriffen zu sein.

„Ich sehe, beim Teufel, keinen Grund, was die Einwendungen eigentlich sollen“, hörte der junge Mann beim Eintritt eine Stimme, und erkannte in dem leichten Zigarrenrauch lauter bereits vor Augen gehabte Gesichter. „Mr. Reichardt, Gentlemen!“ rief der Hausherr, seinen Begleiter in herzlich guter Laune vorstellend. „Well, Sir,“ rief die

frühere Stimme, „nehmen Sie ein Glas und setzen Sie sich her. Wir suchen eben zu erraten, wen Sie in den zwei Tagen Ihrer Abwesenheit schon auf den Fuß getreten haben. Sie entziehen sich vielleicht, daß ich Sie am Sonnabend mit dem Gentleman dort am Fenster nach dem Hotel begleitete, und daß wir uns freuten, einen Mann von Ihrer Bildung unter uns zu bekommen. Well, Sir, trotzdem und trotz Ihres Orgelspiels hat sich bereits eine Opposition gegen Sie gebildet, welche indessen beseitigt werden wird, und wir teilen Ihnen nur die Sachlage mit, damit Sie unsere Maßregeln verstehen. Sagen Sie uns nur, gerade so offen, als Sie vorgestern sich vor Ihrem Hotel aussprachen, haben Sie einen Gedanken, wer hier Grund haben könnte, eine Abneigung gegen Sie zu fühlen?“

Reichardt nahm einen Schluck von dem Rotwein, welchen der Festgeber ihm eingeworfen, und brannte sich langsam die ihm offerierte Zigarre an. „Es gibt Abneigungen“, sagte er dann, „die sich wohl beim ersten Begegnen fühlen lassen, für welche sich aber kaum ein bestimmter Grund angeben läßt. Treten Sie harmlos einer Eidechse in den Weg, und sie wird mit häßlicherem Herzen davon schießen — möglicherweise aber habe ich auch hier einer Eidechse den Weg gekreuzt.“

Ein johlendes Gelächter der Versammelten unterbrach ihn. „Das wird es sein! — So ist es!“ folgten die Ausrufe, „der vernünftigste Grund, der sich finden läßt!“ Reichardt fürchtete im ersten Augenblick, er habe mehr verraten, als er beabsichtigt; die nachfolgenden Verhandlungen aber zeigten ihm, daß der von Harriet entlehnte Ausdruck für nichts als einen schlagenden Witz genommen worden war.

„Well, Gentlemen,“ begann der Hausherr, „das einfaches, im aller Opposition entgegenzutreten, mag sie nun heißen wie sie wolle, ist heute abend durch Zeichnung des nötigen Betrag für die Eröffnung unseres musikalischen Festes anzubringen, und ich bin sicher, daß wenn die Sache einmal fertig ist, niemand von der Gemeinde, der nicht irgend einen persönlichen Grund hat, sich von der Besteuerung ausschließen wird. Gehen wir vorläufig, um auch dem Vorkünftigen zu genügen, ein Übereinkommen für sechs Monate ein — der Betrag ist dann kaum nennenswert für den einzelnen, und unzer junger Freund erhält dennoch Zeit genug, um sich hier bekannt zu machen, eingebürgert und den Kontrakt dann auf seine eigenen Verdienste hin zu verlängern.“ — er wandte sich fragend nach Reichardt.

(Fortsetzung folgt.)

Der achte skandinavische Arbeiterkongress in Stockholm.

Der Kongress wurde mit einem großen Sportfest im Stadion eingeleitet. In seiner Eröffnungsrede erinnerte der Vorsitzende der schwedischen Landeszentrale, Lindquist, an den ersten Kongress 1886 und die Anfänge der Bewegung in Schweden. Danach habe niemand ahnen können, daß man bereits 26 Jahre später die Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parteien erobert haben würde; die Eröffnung des neuerbauten Stadion für ein Fest der Sozialdemokratie (das Sportfest) beweise den inzwischen gewonnenen Einfluß. Der eigentliche Festredner des Tages war Genosse Vandevelde-Brüssel, der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Bureau. Er knüpfte an die sportlichen Leistungen des Tages an, darauf hinweisend, daß der Weg der Arbeiterklasse zur körperlichen Kultur von schweren Kämpfen mit dem Kapitalismus erfüllt ist. In Skandinavien habe man ein gutes Stück Weges bereits zurückgelegt, das Maß individueller Freiheit sei hier größer als in anderen Ländern. Und wenn gleich eine staatliche Trennung der Nationen hier vorhanden sei, so habe doch der sozialistische Gedanke die skandinavischen Völker vereinigt. Im weiteren gab der Redner ein plastisches Bild der Weltlage und den kriegerischen Gefahren, die der Kapitalismus heraufbeschwört. Der Hört des Friedens sei die Internationale der Arbeiterklasse, die sich gegen die Kriege provozierende Politik des Kapitalismus erhebe. Stauning-Dänemark sprach für die Einheit der Arbeiterbewegung und überbrachte die Grüße seiner Landsleute. Es sprach noch Vertreter der Norweger und der Finnländer, sowie Branting für Schweden. Die Brantingsche Rede war der Glanzpunkt des Tages und nie endwollender Jubel der Massen folgte seinen Ausführungen. Er gab in großen Zügen ein Bild der kapitalistischen und politischen Entwicklung Schwedens und der gewaltigen Kämpfe, die auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet von der Arbeiterklasse geführt werden mußten. Marx habe, wie in so vielen anderen Punkten, auch darin Recht behalten, daß der Widerstand der herrschenden Klassen gegen die vorwärtsdrängende Arbeiterbewegung wachse und daß die Kämpfe daher immer größer und erbitterter werden. Aber es sei doch in Schweden gelungen, die Gleichberechtigung der Arbeiter bei der Bestimmung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie im politischen Leben zu erringen. Jetzt käme es darauf an, daß die Arbeiterklasse von ihrer Macht Gebrauch mache, aber die große Mehrheit stände noch interesselos außerhalb der Organisationen; der müsse klar gemacht werden, daß sie ihre Kraft im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe einsetzen müsse, die gewerkschaftliche Aktion muß durch die politische ergänzt sein. Der Staat ist nichts Unabhängiges, sondern er kann und muß den Charakter wechseln, je größer der politische Druck der Arbeiterklasse wird. Im Stadion, der Bahn förmlicher Wettkämpfe, versammelten sich heute die Vertreter des Emanzipationskampfes der skandinavischen Arbeiter; die Bewegung habe manches Stadion passiert, bevor sie die Gleichberechtigung erlangt habe, die sie in den stolzen Tempel geführt habe, den die Nation instinktiv gegen die rassistischen Wirkungen des Kapitalismus errichtet hat. Nach der Rede Brantings sang ein Männerchor einen Hymnus auf Schweden, wie vorher die Nationallieder der drei Nationen (Finnland, Dänemark und Norwegen) nach dem Redner der betr. Nation gesungen wurden. Die Internationale und der schwedische Sozialistenmarsch wurden von der ganzen Versammlung gesungen.

Montag morgen erfolgte die Eröffnung des Kongresses durch den Vorsitzenden der schwedischen Gewerkschaftszentrale Lindquist-Stockholm. In seiner Begrüßungsansprache wandte er sich besonders an den dänischen Genossen Jensen, der vor 26 Jahren den ersten skandinavischen Arbeiterkongress in Gothenburg präsidierte und dessen Eingreifen es zu verdanken ist, daß die schwedischen Gewerkschaften von damals der liberalen Bewegung entzogen wurden. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden Lindquist-Stockholm, Nagaard-Kopenhagen und Jepsen-Christiania gewählt. Ferner wurden fünf Kommissionen eingesetzt, die die zu den verschiedenen Verhandlungsgegenständen gestellten Anträge vorberaten und dem Kongress definitive Vorschläge ausarbeiten sollen. Aus dem Auslande sind als Gäste anwesend: Vanderveelde-Brüssel, Cohen- und Jansson-Berlin. Vanderveelde schilderte in einer langen Ansprache an den Kongress die politische Situation in Belgien, die es eventuell notwendig machen wird, daß die Arbeiterbewegung zum Generalstreik greife, um das allgemeine Wahlrecht zu erobern. Er blide mit Anruhe auf die intensiven Vorbereitungen zu diesem Kampfe, weil die Ergebnisse sich nicht vorausberechnen lassen. Der Kampf könne gewonnen, aber auch verloren werden und die Folgen eines verlorenen Riesenkampfes für die Organisationen in Schweden hätten ihm gezeigt, welche Gefahren ein derartiger Kampf in sich trage. Vermieden könne der Kampf in Belgien jedoch nur werden, wenn in der Wahlrechtsfrage Zugeständnisse gemacht würden. Die Grüße der deutschen Gewerkschaften überbrachte Jansson-Berlin, worauf Jensen-Kopenhagen seinen Vortrag über die Bedeutung der skandinavischen Arbeiterkongresse hielt. Redner besprach die bisherigen Kongresse, dabei besonders bei dem ersten Gothenburger Kongress verweilend. Er feiert die große gewerkschaftliche Bedeutung dieser skandinavischen Arbeiterzusammenkünfte, die ein festes Band um die Arbeiter des Nordens geschlossen haben. Wenn er heute zurückblickt auf die Gothenburger Tagung von 1886, so werde es ihm schwer, zu glauben, daß die enormen Fortschritte der skandinavischen Arbeiterbewegung in 26 Jahren gemacht seien. In Gothenburg habe man sich sogar herunstreifen müssen, ob die Gewerkschaften von liberaler oder sozialistischer Weltanschauung getragen sein sollen, ja die Stockholmer Fachvereine hatten gar die Einberufung des Kongresses abgelehnt, weil sie befürchteten, daß die dänischen Sozialisten ihre Organisationen mit Beschlag belegten würden! In Gothenburg sei es jedoch nach heftigen Debatten gelungen, eine schlichtere Erklärung für den Sozialismus durchzusetzen, und er müsse feststellen, daß viele der damaligen Gegner eine große Arbeit für die sozialdemokratische Bewegung inzwischen geleistet haben. Redner besprach sodann die wachsende politische Bedeutung der Kongresse und erstete für seine Ausführungen stürmischen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt.

In der Nachmittagsitzung hielt Liann-Christiania ein großzügiges Referat über Organisationsformen und Taktik der Arbeiterbewegung. Er schilderte die Entstehung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation Skandinaviens, ihre Entwicklung von kleinen Werkstättenklubs zu lokalen Fachvereinen, zentralen Landesverbänden und darüber hinaus zu Landesorganisationen, die alle Verbände ihres Landes umfassen und weitgehende Aufgaben im Lohnkampf zu erfüllen haben. Bis zur Errichtung der Landesorganisationen haben lokale Gewerkschaftsstellen eine große Rolle auf dem Gebiete des Lohnkampfes gespielt. Redner schildert dann die Unternehmerorganisationen Skandinaviens und ihre Taktik, sowie die Störungen, die infolge dieser Taktik im gewerkschaftlichen Lager der Arbeiter entstanden sind. Im wesentlichen liefen diese Störungen auf eine Schwächung der Landesorganisation hinaus, gleichgültig, ob die Verfechter anarchistische Syndikalisten oder gute Gewerkschafter seien. Vor diesen Bestrebungen müsse gewarnt werden, vielmehr solle man auf systematisches Zusammenwirken der skandinavischen

ischen Landesorganisationen untereinander sowohl als mit denen des Auslandes bedacht sein. (Stürmischer Beifall.) — Zwei weitere Referate zum gleichen Punkt wurden zunächst abgelesen, bis die Kommissionen ihre vorläufigen Vorschläge für das Zusammenwirken der skandinavischen Arbeiterorganisationen macht. — Dienstag vormittag fiel die Sitzung aus. Abends fand Festvorstellung für die Delegierten im Agl. Theater statt.

Gewerkschaftsbewegung.

Über die Lohnbewegung der Papierarbeiter in Mähren ist zu melden, daß die drei in Betracht kommenden Firmen Besthorn, Gerjon und Hopy u. Unger auf den eingereichten Tarifentwurf und das sehr höflich gehaltene Begleit Schreiben des Buchbinderverbandes, worin um Unterhandlungen ersucht wurde, mit der Kündigung einer Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen geantwortet haben. Wenn die Firmen denken, durch solche echt scharfmacherischen Maßnahmen ihre Arbeiter einschüchtern zu können, so dürften sie sich gründlich verrechnen haben, denn gerade das Gegenteil davon wird eintreten. Das hat auch schon der Kommerzienrat Richard Besthorn erfahren müssen, als er seine Arbeiterinnen vor dem Buchbinderverbande graulich zu machen suchte. Alle Arbeiter werden ersucht, die Kämpfenden zu unterstützen, vor allem auch die Verwaltungen der Konsumvereine, die große Aufträge an die Mährenlebener Firmen vergeben. U. a. lassen die „Produktion“ in Hamburg und der Leipziger Konsumverein große Posten in Mährenleben anfertigen. Mögen die organisierten Arbeiter überall bei allen Konsumvereinen anfragen, ob sie aus Mährenleben Verpackungen beziehen und unter Bezugnahme auf die zwischen Gewerkschaften und Konsumvereinen getroffenen Abmachungen dafür sorgen, daß die Konsumvereine nicht die koalitions- und tarisseindlichen Maßnahmen der Scharfmacher unterstützen dürfen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hielt am Sonntag in Essen seine vierte Tagung für den Gau Rheinland-Westfalen ab. In dem Berichte der Gauleitung wird ein befriedigendes Vormarschreiten der Organisation festgestellt. Trotz allen Maßregelungen und Schikanierungen durch die Scharfmacher der Schwerindustrie, die in dem Stande bei der Gutehoffnungshütte ihren schärfsten Ausdruck fanden, stieg die Mitgliederzahl von 3272 auf 3716. Es wurden 200 öffentliche Versammlungen abgehalten; die Einnahmen der Gaukasse stiegen von 8300 auf 10 800 Mark; das Gauorgan erscheint jetzt vierzehntägig; der Bund hat eine Sparkasse für seine Mitglieder errichtet. Die Fortschritte sind namentlich infolge der an die Massenmaßregelung in Stederade geknüpften Protestbewegung erzielt worden. Auf der Tagung wurden sehr scharf die gewerkschaftlichen Tendenzen des Bundes sowie seine politische Neutralität betont. Viele seiner Mitglieder seien in den verschiedensten politischen Parteien tätig. Gegen die ungleichen Kündigungsfristen, die Konturenklausel, sowie zur Erringung des Achtstundentages für die Privatbeamten soll die gewerkschaftliche Aktion einsetzten. Bei Arbeiterkämpfen haben die Angestellten jede Streikarbeit zu vermeiden, werden sie deshalb gemahnt, so erhalten sie Gemahregelungenunterstützung. Für die Wahlen zur Angestelltenversicherung ist stark gerufen worden. Der Bund wird in 90 Wahlkreisen kräftig agitieren, Kandidaten aber auch in den übrigen Kreisen in Gemeinschaft mit den der freien Vereinigung angeschlossenen Organisationen aufstellen. Erklärt wurde, daß die Wache des sogenannten Hauptauschusses, worin der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband die erste Geige spielt, mit dem „roten Schrecken“ auf die Mitglieder des Bundes keinen Einbruch machen würde. Im Gegenteil sei die Mitarbeit der gewerkschaftlich geschulten Mitglieder der Unterstützungsvereinigungen nur zu begrüßen. Die Tagung, wie eine vorausgegangene stark besuchte Angestelltenversammlung bewiesen, daß der wirtschaftlich und politisch fortschrittliche Teil der Angestellten sich der Klassengegenstände immer mehr bewußt wird und der konsequent freiwirtschaftlichen Gewerkschaftsbewegung sich mit schnellen Schritten nähert.

Die Maschinisten und Heizer sämtlicher Betriebe von Neudamm haben den Unternehmern Forderungen unterbreitet. Sie fordern 10—15 % Lohnerhöhung, Bezahlung der Überstunden und der Anfechtstunden. Die Maschinisten haben bisher Löhne von 16—21 Mk. die Woche zu verzeichnen. Diesen „horrenden“ Lohn verdienen sie bei einer täglich 13—14stündigen Arbeitszeit. Zugang von Maschinisten und Heizern nach Neudamm ist strengstens fernzuhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Große Klatschweiber sitzen in der Stadterwaltung in Altruppin. Dieser Tage hatten sich vor dem Schöffengericht in Neuruppin der Gastwirt Ernst Schnüchel, der Klempnermeister Franz Ehlen, der Rentner August Nöthling und der Gerbermeister Louis Bildt zu verantworten. Die drei letztgenannten gehören seit mehr als 10 Jahren der Stadterwaltung in Altruppin an, und zwar Ehlen seit 16 Jahren als Stadtverordneter, Nöthling seit 10 Jahren als Stadtverordneter, Magistratsmitglied und jetzt als Beigeordneter, Bildt seit einem Vierteljahrhundert, jetzt als Stadtkämmerer. Als Beleidigter und Nebenankläger trat der Bürgermeister Barnekow aus Altruppin auf. Ueber den Bürgermeister hatten die Angeklagten die ehrenrührigsten Gerüchte verbreitet, die völlig aus der Luft gegriffen waren. Das Schöffengericht kam zu der Ueberzeugung, daß sich die Angeklagten der üblen Nachrede, Nöthling auch der verkleumdlichen Beleidigung schuldig gemacht haben, und da es sich nach der Ansicht des Gerichts um ein verwerfliches, gemeingefährliches Vorgehen sämtlicher Angeklagten handle und die Handlungsweise unläuterer Motiven entsprungen sei, verhängte das Schöffengericht über die Angeklagten eine exemplarische, über die Anträge des Staatsanwalts hinausgehende Gefängnisstrafe. Mit Rücksicht darauf, daß nach Ansicht des Gerichts Nöthling am verwerflichsten vorgegangen sei, da er als „zweiter Bürgermeister“ eine Stütze des Bürgermeisters sein solle und als solcher in der Stadt ein besonderes Ansehen genoss, wurde Nöthling zu 4 Monaten 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Ehlen erhielt 2 Monate Gefängnis, Schnüchel 1 Monat und der Stadtkämmerer Bildt 3 Wochen und 4 Tage Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Ein frecher Diebstahl. Als in Berlin ein Kassenbote einer Großbank auf den Schaltertisch den Betrag von 23 000 Mk. in größeren Scheinen aufgezählt hatte, wurde er von einem elegant gekleideten Herrn um eine Auskunft ersucht. Der Kassenbote ließ, während er Bescheid erteilte, den aufgezählten Geldbetrag einen Augenblick aus den Augen. Der Fremde ist darauf eilig verschwunden. Der Kassenbote entdeckte, daß dreitausend Mark an den Scheinen fehlten. Offenbar hatte der Unbekannte mit seiner Frage einen Komplizen Gelegenheit gegeben, rasch drei Scheine von je 1000 Mk. an sich zu nehmen.

Neue schlesische Marktumulte. Auf dem letzten Wochenmarkt in Jauer i. Schl. haben sich ebenfalls überaus scharfe Umulte ereignet. Auf der einen Seite des Marktes verkauften die Kleinbäuerinnen die Butter zu 1,20—1,30 Mk.

Auf der entgegengesetzten Seite aber standen die Verkäuferinnen der größeren Gutsbesitzer. Diese verkauften die Butter zu 1,50—1,60 Mk. Die Preisdifferenz führte zunächst zu Zusammenstößen der Händler unter sich, und schließlich nahm das Marktpublikum gegen die Verkäufer der teuren Butter eine drohende Haltung ein. Als aber die Händler gar noch zu Beschimpfungen übergingen und den laufenden Frauen zuriefen: „Greht Wagenschmiere, wenn Ihr nicht bezahlen könnt“, da ging es diesen Frauen übel. An verschiedenen Stellen stürzten sich die Frauen auf die Buttertapel und rissen sie samt Körben und Tüchern auf das Straßenpflaster. An anderen Stellen wieder überschütteten die empörten Frauen die Butterlager mit Sandmengen, so daß mehrere Zentner der Ware unbrauchbar wurden. Die Polizei konnte nur schwer die Ruhe herstellen; Festnahmen konnten nicht vorgenommen werden, da die Polizei niemanden erwischte. Die Bauern aber verließen fluchtartig den Markt.

Neue Todesfälle durch Pilzvergiftung. Auf dem pommerischen Rittergut Sallentin aßen sechs polnische Schmittlerinnen Pilze, die sie als Steinpilze im Walde gesammelt hatten. Im Krankenhaus zu Stargard sind drei Schmittlerinnen an Pilzvergiftung gestorben, die übrigen drei ringen mit dem Tode.

Liebestragödie einer vierzehnjährigen. In Leipzig hat sich ein Liebesdrama abgespielt, bei dem ein vierzehnjähriges Mädchen erschossen wurde. Der Einjährig-Freiwillige Otto Kain vom 107. Infanterieregiment erschloß die vierzehnjährige Tochter Johanna des Cafetiers Stengel und dann sich selbst. Seit acht Tagen war das Mädchen nicht mehr nach Hause gekommen, und sein Vater hatte bereits die Anzeige gegen den Einjährig-Freiwilligen beim Regiment eingereicht. Als man in die Wohnung Kains kam, der nicht zum Dienst erschienen war, fand man ihn und das Mädchen mit Schußwunden in der Brust tot auf.

Der Selbstmord im Berlin-Pariser Expreßzug. Die Pariser Polizei hat sich mit einer seltsamen Angelegenheit zu befassen. Eine junge Dame, von der nur angegeben wird, daß sie sehr schön und brünett sei, in dem Berlin-Pariser Nachtexpreßzug beging Selbstmord, indem sie Gift zu sich nahm. Aus Paris wird weiter gemeldet: Der Kontrolleur des betreffenden Waggons vernahm während der Fahrt, kurz vor der Ankunft an der belgischen Grenze, Stöhnen und Jammern. Als er das Damenabteil erster Klasse betrat, gewahrte er im matten Schein der abgeblendeten Lampen eine junge Dame, die sich augenscheinlich in furchtbaren Schmerzen auf dem als Lager hergerichteten Sitze des Abteils wand; neben ihr befand sich ein leerer Karton, der irgend ein pharmazeutisches Produkt enthalten hatte. Da aber das Etikett abgerissen war, ließ sich nicht ermitteln, was in dem Karton enthalten war. Die Haare der halbentkleideten Dame waren mit Rosen bekränzt, und in dem Abteil lagen mehrere grüne Zweige. Auf der Brust trug die Selbstmörderin die Photographie einer älteren Dame. Auf dem kleinen Tischchen des Coupés lag ein Zettel, auf dem die Worte standen: „Mach mir nicht bis Paris.“ Ein sofort telegraphisch zur nächsten Station bestellter Arzt der französischen Nordbahngesellschaft konnte der Dame nur eine Aethereinspritzung machen; er ließ sie dann weiterfahren. Als die unbekannte Dame um 1/5 Uhr morgens in Paris anlangte, wurde sie ins Spital gebracht, wo sie um 1/10 Uhr starb, ohne auch nur ein Wort gesprochen zu haben. Man weiß aber bei dem Fehlen aller Personalpapiere nicht, ob es sich um eine Deutsche, eine Französin oder eine Angehörige einer anderen Nationalität handelt. Die Kasse ist mit den Buchstaben A. C. gezeichnet. In einem Pompadour wurde deutsches und französisches Geld, zusammen 700 Mark gefunden. Die Tote hat ein Alter von etwa 30 Jahren erreicht.

Luftiges vom Bohumer Belustigungspalast. Wir teilen mit, daß die Polizei in Bochum den sittlichen Bedenken eines Geistes durch Rechnung getragen hat, daß sie die obigen weiblichen Figuren am Belustigungspalast durch Bedecken mit einem Streifen weißen Stoffes „unschädlich“ gemacht habe. Es ist nun belustigend, zu sehen, wie das Regenwetter der polizeilichen Fürsorge ein Schnippen schlägt. Durch den Regen sind die Stoffstreifen naß und durchsichtig geworden. — Und die Kinder hört man erzählen: „... da reitet eine Frau auf einem Teufel und da ist was drüber gemacht; warum denn das, Mutter?“ — Mutter weiß das natürlich auch nicht. Sie wird sich nebenbei nicht wenig wundern, daß die Frauen den „Teufel“ retten. Gewöhnlich soll es doch umgekehrt sein.

Im Streit den eigenen Bruder erschossen. Der „Schlesischen Volkszeitung“ zufolge erschloß in Wischkowich bei Glatz der einarmige Invalide Paul Herrmann, ein gewalttätiger Mensch, der früher schon seine inzwischen verstorbenen Eltern mit seiner hölzernen Hand schwer mißhandelt hatte, im Streit seinen Bruder. Als der Genarm mit dem Gemeindevorsteher sich in die Wohnung des Verbrechers begab, verbarrikadierte sich dieser, schoß auf die Umstehenden und verletzte den Gemeindevorsteher sowie den Gemeindevorsteher. Schließlich wurde das Haus gestürmt und der Mörder verhaftet.

Eisenbahnzusammenstoß. In Kaszig an der Elbe sind zwei Güterzüge zusammengestoßen. 2 Zugführer sind schwer verletzt worden.

Der Erfinder eines Sprengstoffes als Opfer seiner Erfindung. Ein italienischer Chemiker, Marquis Imperia li, der einer reichen Neapolitaner Familie angehört, hat vor einigen Jahren einen Sprengstoff erfunden, den er „Imperiali“ nannte und dessen Herstellung von einer Aktiengesellschaft betrieben wurde. Schon im September vorigen Jahres kam es zu einer Explosion in der Fabrik, bei der fünf Arbeiter den Tod fanden und der Erfinder selbst schwer verwundet aus den Trümmern gezogen wurde. Seitdem war Imperiali noch vorsichtiger geworden und pflegte in den Laboratorien, wo die Mischung der Chemikalien erfolgte, ganz allein zu arbeiten. Er vertiefte sich derartig in seine Tätigkeit, daß er Essen und Trinken darüber vergaß. Am 29. August machte ihn ein Arbeiter darauf aufmerksam, da er seit zwei Tagen nichts gegessen hätte als ein Stück Brod und erbot sich, ihm Speise aus dem Gasthaus zu holen. Der Marquis hat ihm, dies zu tun, aber der Arbeiter war eben am Wirtshaus angelangt, als er einen dumpfen Knall hörte das isoliert stehende Laboratorium war in die Luft geflogen. Der 34 Jahre alte Erfinder hinterläßt eine Witwe und fünf Kinder.

Das Grubenunglück in Frankreich. Die Explosion auf der Grube La Clarence bei Lens hat 41 Tote und 24 Verwundete als Opfer gefordert. Die Katastrophe erfolgte in einer Tiefe von 930 Metern. Ihre Wirkung war an der Oberfläche so groß, daß man im ersten Augenblick an ein Erdbeben glaubte. Eine Mauer stürzte ein, sämtliche Gebäude der Zechenverwaltung wurden schwer beschädigt. — Bei der Rettung erfolgte eine neue Explosion, die eine von den Rettungsmannschaften getötet und andere schwer verletzt wurden. Der Ingenieur, der in der Grube eingefahren war, kam nicht wieder zum Vorschein, er ist bisher nicht gefunden worden. Zwei weitere

genture fuhr er darauf ein um das Rettungswort zu leisten, doch mußten die Mannschaften infolge der häufiger auftretenden Explosionen wieder ausfahren.

Aus der besten der Welten. Die Näherin Offenga in Berlin versuchte sich und ihren 6jährigen Sohn durch Gas zu töten. Hausbesitzer bemerkten den starken Gasgeruch. Man öffnete gewaltsam die Wohnung und fand Mutter und Sohn bewußtlos vor. Die Feuerwehr stellte Wiederbelebungsvorläufe an, die nur bei der Mutter von Erfolg gekrönt waren. Das Kind war bereits tot. Die Frau wurde bewußtlos in die Charité eingeliefert. Nahrungsvorsorgen dürften das Motiv zu der Tat gewesen sein.

Ein Ehebräutigam. In Plauen i. V. erschöpfte der Ziegelträger Schönel auf der Straße seine von ihm getrennt lebende Ehefrau, als diese sich zu ihrer Arbeitsstätte begeben wollte. Darauf verlor er sich selber so schwer, daß er kaum mit dem Leben davon gekommen dürfte.

Ein Liebestragödie. In Dagnau im Elsaß hat sich eine Liebestragödie abgepielt, deren Hauptbeteiligter ein Kavallerieoffizier war. Dort erschoss der Leutnant Grüwell vom 3. schlesischen Dragonerregiment Nr. 15 seine Geliebte, die Kellnerin Mimmy Gammersdorfer, und dann sich selbst. Das Motiv, das beide in den Tod trieb, ist noch unbekannt. Es wird vermutet, daß außer anderen Ursachen hohe Schulden den Offizier zu der Tat veranlaßt hatten. Leutnant Grüwell war erst vier Jahre Offizier.

Fünf Kinder vom Flammentode gerettet. In Kemberg in der Provinz Sachsen spielten sich aufregende Szenen ab. Dort waren fünf Kinder der Familie Gaul bei einem Brande vom Feuer abgeloht worden. Soldaten des dort in Quartier liegenden 27. Infanterieregiments retteten die Kinder unter eigener Lebensgefahr aus den Flammen. Vier Kinder waren bereits schwer verletzt.

Wie können zufrieden sein! Dieses geflügelte Wort der letzten Tage kam uns unwillkürlich in den Sinn, als wir die Speisekarte zu dem Dinner lasen, das nach der Ankunft Wilhelm II. in Zürich vom schweizerischen Bundesrat zu Ehren des Gastes gegeben wurde. Das in beisehenden Grenzen sich haltende Menü sieht so aus:

- Vorgericht.
- Kanzler-Krautbrühe.
- Feines Forellengericht à la Caecilia.
- Kaisersindefisch.
- Schinkenmus in Gelee.
- Sellerieferne nach Züricher Art.
- Folan in Schmorpfanne mit Grande Champagne Meufom.
- Salat „nach der schönen Gärtnerin“.
- Kompott.
- Auflauf nach Figaro.
- Gis.
- Leckerbissen. Früchte.
- Weine:
- Alter Cliquot-Boulevard (blaurot, süß).
- Clos des Renauds 1906.
- Chateau Mouton Rothschild 1906.
- G. S. Mumm Gordon Rouge 1904.
- Und das Frühstück, das nach dem ersten Mandoverstage den Hunger stillen soll, hat folgende Gänge:
- Mercedes-Creme.
- Rangulien nach normandischer Art.
- Schinken in Madeira.
- Grüne Bohnen und Thronfolger-Kartoffeln.
- Boularden a la Richaissa.
- Bredom-Salat und Kompott.
- Richelieu-Creme.
- Gefüllte Weins-Creme.
- Käsebraten. Früchte.
- Getränke in Karaffen:
- Karlsruher, weiß, 1911.
- Karlsruher, rot, 1911.
- Karlsruher, rot, 1908.
- Abschweinchen.
- Rauscher Winterweiner.
- Nürnberg-Bräu.

Die Tafelnden können zufrieden sein! Weniger angenehme Zustände herrschen zurzeit in Deutschland, wo ja angeblich der Arbeiter seinen wohlverdienten Lohnes gewiß ist und alle sich der Früchte ihrer Arbeit und der Gaben unserer Kultur erfreuen können. Zu dieser Kultur gehört z. B., daß der Dresdener Bierkulturreich 20 Mark Belohnung beim Zuschnitt der zur Entdeckung der Liebe beiläufig, die in der letzten Zeit größere Hunde, wahrscheinlich zu Schlachtwecken, waggelangen haben!

Die Verhältnisse in Paris. Eine mysteriöse Komplottgeschichte wird durch die „Guette sociale“ aufgeleitet. Der Redakteur Amerida dieses revolutionären Blattes ließ gestern Abend Freunde zu einer Sitzung zusammen, die von höchster Bedeutung sei. Er teilte in der Versammlung mit, daß die Pariser Sicherheitspolizei versucht habe, die sozialistischen Kreise der „Action française“ und der Camelots zu Hög durch Vorspiegelung eines Komplots gegen die Sicherheit des Staates zu kompromittieren. Ein Agent der Sicherheitspolizei müßte, so erzählt er, unter dem Namen Verneuil in den Kreisen der Camelots Fühlung suchen. Er verkaufte diesen und den Camelots Revolver und Pistolen und wollte dann das gleiche Verfahren bei der „Guette sociale“ versuchen, die unterdessen hinter seine Rücken gekommen war. Nach Ansicht Ameridas wollte die Pariser Sicherheitspolizei die Sozialisten und die revolutionäre Partei durch Waffenankauf kompromittieren, um sie wegen Vergehen gegen die Sicherheit des Staates in die Hand zu bekommen. Die Ausführungen Ameridas wurden von dem Agenten, der in der Versammlung anwesend war, bestätigt. Die Angelegenheit scheint auf Wahrheit zu beruhen, ist aber sehr dunkel. Es ist vor allem nicht recht klar, ob die Bestimmung der Sozialisten bloß Mittel zum Zweck oder Zweck selbst war.

Die veränderte Zeitungspreise. 14 Telegraphenbrüche sind in einer der letzten Nächte in der Höhe von Reuters Barometer von London durchschnitten worden. In einer Telegraphenstange wurde ein Zettel angeheftet, gerahmt des Inhalts, daß die Zeit wegen der Haltung der liberalen Regierung gegenüber den Suffragetten verübt worden sei.

Der politische Reichstagskandidat. Der berühmte Komponist Richard Strauß erklärt in einer Zeitschrift an den Musikwissenschaftler Karpath dem Reichstagswahlrecht des Krieges. Strauß ist darüber während, daß der Reichstag kein besonders Geiz machen will, um den „Parzival“ nach dem Ablauf der Wähligen Schugfrist dem Vorgesetzten Unternehmern der Familie Wagner zur alleinigen Ausbeutung zu überlassen. Darum will er mit keinem Redaktor alles kaputt schlagen. Er schreibt: „Ich habe immerzeit den schätzbarsten Verhandlungen des deutschen Reichstags persönlich beigewohnt, wo die Vertreter des deutschen Volkes, mit ganz wenigen Ausnahmen, in beneidenswertem Unkenntnis der Materie über Urheberrecht und Schugfrist debattierten. Da habe ich schon gehört, daß ein Herr Eugen Richter in ungeschicklichen Sätzen die Rechte von armenleuten 200 deutschen Komponisten — die Erben Richard Wagners mit eingeschlossen — gegen 20000 Gummireiter zu Boden trat. Das wird auch nicht anders werden, so lange das blöde

Allgemeine Wahlrecht bestehen bleibt und so lange die Stimmen gezählt und nicht gemogen werden. So lange nicht beispielsweise die Stimme eines einzigen Richard Wagner hunderttausend und ungefähr 10 000 Hausknechte zusammen eine Stimme bedeuten. . . . Wir wenigen werden vergebens protestieren, und der deutsche Spießbürger wird in 2 Jahren am Sonntag nachmittags zwischen Mittagessen und Abendessen statt fortwährend in den Kienstopp und in Operetten zu gehen, auch für 50 Pf. den „Parzival“ hören.“ — Richard Strauß, der von politischen Dingen noch viel weniger versteht als mancher Politiker von der Musi, ist offenbar ein Opfer jener gedankenlosen Phrasen geworden, die von Professor Breyßig und seinen Geistesverwandten im „Scherlichen Tag“ verzapft werden. Weil er von Politik gar nichts weiß, begreift er nicht einmal, daß Politik eine Sache ist, die besondere Fähigkeiten und Kenntnisse beansprucht, so daß man, obgleich ein großer Künstler in der Musi, ein vollkommener Ignorant und Lölchel auf politischem Gebiet sein kann. Es besteht kein Anlaß, einem Manne hunderttausend Stimmen zu geben, der von seiner einzigen Stimme wahrscheinlich weniger vernünftigen Gebrauch machen kann als irgend einer der von Herrn Strauß so hochmütig verachteten „zehntausend Hausknechte“. Zu erwarten wäre allerdings gewesen, daß ein Mann wie Richard Strauß über die Bedeutung künstlerischer Volkskultur etwas tiefer nachgedacht hätte. Würde der deutsche Spießbürger statt in den Kienstopp zu gehen, für billiges Geld Meisterwerke der Musi anhören, so wäre das doch ein ganz bedeutender Kulturfortschritt. Die Komponisten brauchen deswegen nicht zu hungern. Daß man mit der Musi ganz gute Geschäfte machen kann, beweisen neben manchen anderen „armleuten Komponisten“ die Erben Wagners und Richard Strauß selbst. Sie könnten ganz Erhebliches leisten, um auch junge unbekannt Talente zu fördern, denen kein Schutz des Urheberrechts hilft, weil niemand ihre Werke auführt. Davon hat man aber noch nichts gehört.

Verhaftung eines russischen Untersuchungsrichters. In Sewastopol fand vorige Nacht eine Aufsehen erregende Verhaftung statt. Der Festgenommene ist der Untersuchungsrichter des Marinegerichts Schubin. Vorher war in Gegenwart des Festigungscommandanten und des Kommandierenden des Militärbezirks eine Hausdurchsuchung durch die Džura in Schubins Wohnung vorgenommen und mehrere Schriftstücke beschlagnahmt worden. Es verriet, Schubins Verhaftung hänge mit der Verhaftung von 300 revolutionären Matrosen zusammen. Der Richter habe die Akten gefälscht und die Vorgänge absichtlich in mildem Lichte dargestellt (??)

Schwerer Unfall beim Aufstieg eines Drachenballons. Im Militärlager von Derkény, wo gegenwärtig Artillerieübungen stattfinden, ereignete sich beim Aufstieg eines Drachenballons ein schwerer Unfall. Während der Vorbereitung zum Aufstieg wurden die Sicherheitsstricke des Ballons des starken Windes wegen von mehr als hundert Artilleristen gehalten. Nachdem Oberleutnant Nietschdorfer den Korb bestiegen hatte, entriß ein Windstoß den Ballon. Die Soldaten ließen in einem Meter Höhe die Stricke los, drei Artilleristen jedoch, die dazu nicht mehr imstande waren, wurden mit emporgerissen und stürzten aus einer Höhe von mehr als hundert Metern ab. Sie waren sofort tot. Oberleutnant Nietschdorfer landete glatt und unverletzt bei Rajos-Majse.

Schle Folgen eines Redaktionsstreites. Ein erschütterndes Drama hat sich am Dienstag in der Redaktion des „Petit Journal“ in Paris abgepielt. Einer der leitenden Redakteure namens Balin ließ einen jungen Redakteur namens Jancoucs Mizon zu sich kommen und machte ihm wegen eines begangenen Fehlers heftige Vorwürfe. Blödsinn erblühte Herr Mizon und fiel ohnmächtig zu Boden. Er hatte infolge der Erregung plötzlich einen Herzschlag erlitten. Alle Bemühungen, ihn wieder ins Leben zurückzurufen, blieben vergeblich. Herr Balin war über diesen Vorfall so erschüttert, daß er sein Arbeitszimmer plötzlich verließ, eine Zeilung im Gebäude des „Petit Journal“ umherirrte, schließlich einen Revolver aus der Tasche zog und sich, noch bevor er daran verhindert werden konnte, eine Kugel in den Kopf jagte. Er wurde ins Hospital gebracht, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

Feuerbrand. In Magdara (Ungarn) brach gestern nachmittags eine große Feuerbrand aus. 16 Häuser wurden durch das Feuer zerstört. Viel Vieh ist verbrannt. Eine Nachbargemeinde wurde zu gleicher Zeit vom Feuer heimgesucht. 26 Häuser nebst Stallungen und Wirtschaftsgebäuden wurden eingeschmört. Ein Mann wurde durch eine einrückende Mauer getötet.

Im Zeichen der Gleichheit — ein Wettessen der „Siebenmonatskinder“. Folgende Schilderung, die für sich selbst spricht, macht die Kunde durch bürgerliche Blätter: In New York beginnt jetzt die Zeit der festlichen Veranstaltungen und Lustfeste der politischen Vereinigungen New Yorks. Eine dieser Vereinigungen, der zum größten Teil nur Mitglieder angehören, die etwas schwerer als anderthalb Zentner wiegen, veranstaltete letzten einen Ausflug, an dem sich ein Wettessen der „Siebenmonatskinder“ angeschlossen. Wer die meisten Besessenen berulgen konnte, sollte als Sieger gelten. Ungefähr 1600 Personen waren erschienen. Aldeiman Frank Foster, der 351 Pfund wiegt, verzeigte nicht weniger als 92 Pfund Besessene, trank 11 Tassen Kaffee, aß 13 Brötchen und zwei große Schüsseln Kartoffeln. Er war der Sieger über seine 14 Mitbewerber. Jeder dieser Besessenen wog mehr als 250 Pfund. Der Anblick der 15 in einer Reihe nebeneinander stehenden Stadtwörter, wie sie mit Eifer ihren Angriff auf die Fleischschüssel machten, erregte bei den Zuschauern begeisterten Enthusiasmus und — Weid. Beza von den fünfzehn gab den Kampf auf, nachdem sie nur drei Pfund Besessene verzehrt hatten. Die übrigen fünf hielten bis zu Ende durch. Für den Fall, daß den Wettessern etwas zustoßen könnte, hatte man gleich zur Verfügt zwei Leichenbeschauer und einen Arzt mitgenommen, deren Hilfe jedoch nicht in Anspruch genommen zu werden brauchte.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumverein und Kleinhandel. Soeben ist die Arbeit eines Wissenschaftlers erschienen, die das Verhältnis der Konsumvereine zum Kleinhandel mit besonderer Berücksichtigung Württembergs behandelt. Dr. Hugo Kramer, der Verfasser der Schrift, hat sich besonders die Aufgabe gestellt, zu untersuchen, was an der von den Mittelhändlern aufgestellten Behauptung, die Konsumvereine schädigten den Kleinhandel und drohten ihn völlig zu vernichten, Wahres ist. Der Verfasser schildert zunächst den alten Kleinhandel und die Veränderung, die in ihm mit der kapitalistischen Gestaltung unseres wirtschaftlichen Lebens vor sich gegangen ist. Der Kleinhandel begann sich rascher aus, als sich die Bevölkerung vermehrte. Die alte behagliche Ruhe schwand dahin. Jeder versuchte mit aller Kraft seinen Absatz zu vergrößern. Reklame und Katalog spielten eine große Rolle. Dazu kamen noch die organisierten Änderungen im Kleinhandel. Produzenten und Großhändler übernahmen Funktionen des Kleinhandels. Die Konsumvereine schloßen sich in Konsumvereine zusammen. In der Aufzählung des Kleinhandels wurde so von verschiedenen Seiten gearbeitet. Nach Schilderung von Wesen

und Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Arbeit erörtert Dr. Kramer die Angriffe auf die Konsumvereine. Bei der Aufzählung dieser Angriffe schreibt der Autor:

Es ist schon eine Ausnahme, wenn auch einmal positive Angaben und nichterne Zahlen beigebracht werden, die diese Behauptungen beweisen sollen, denn für gewöhnlich schenken sich die Gegner der Konsumvereine den Beweis für ihre Thesen.

Die Kleinhandlöhler behaupten, daß der Konsumverein die auf die einzelnen Geschäfte entfallende Kundenzahl vermindere. Besonders die guten und sicheren Kunden nehmen die Konsumvereine den Kleinhandlöhler fort. Dr. Kramer allerdings sagt, daß er bei seinen Beobachtungen derartige Wirkungen der konsumgenossenschaftlichen Arbeit nicht verspürt habe.

Zur Beantwortung der Frage: Sind die Konsumvereine wirklich für den Kleinhandel die verhängnisvollen Erscheinungen, als die sie hingestellt werden? untersucht Dr. Kramer zunächst die Überfüllung im Kleinhandel und den Anteil der Nichtkaufleute. Während im Jahre 1885 in Stuttgart die Viktualienhändler 19 Proz. der Gesamtzahl der Kleinhandelsgeschäfte ausmachten, betrug sie 1902 bereits 35,4 Proz. Von 380 Kleinhandelsgeschäften im Jahre 1890 liegt deren Zahl im Jahre 1902 auf 660, und 1911 sollen es 750 bis 800 gewesen sein. Eine Erhebung der württembergischen Handelskammern ergab, daß ein erheblicher Teil des Kleinhandels in der Hand von Ungelernten liegt, die sich durch den Kleinhandel einen Nebenverdienst zu ihrer nicht mehr ausreichenden Einnahme aus ihrer Handwerksstätigkeit schaffen wollen. Eingehend begründet Dr. Kramer den Satz, daß zwischen der hohen Zahl der Konkurse von Kleinhandlöhler und dem Vordringen der Konsumvereine kein Zusammenhang zu konstruieren ist. Nicht die Konsumvereine höhln und untergraben den Kleinhandel, sondern die eigene Schwäche und Leistungsunfähigkeit, die Überfüllung und ungenügende Fachbildung im Kleinhandel lassen denselben zusammensinken. Auch andere Momente kommen noch in Frage. Das Vorkommen im Kleinhandel trägt sehr gut Teil zur Schwächung des Kleinhandels bei. Allerdings soll in den letzten Jahren in Württemberg eine erhebliche Besserung eingetreten sein. Aus Gmünd wurde dem Verfasser beispielsweise geschrieben: „Auf Borg wird wenig gekauft, weil ein Rabattspareverein und ein Konsumverein an dem Plage sind.“ Dem Rabattspareverein wird hier allerdings eine Rolle zugewiesen, die er in dem von den Händlern angenommenen Umfange ganz gewiß nicht spielt.

Sehr interessant ist das, was Dr. Kramer über die Behauptung der Kleinhandlöhler sagt, die große Konkurrenz im Kleinhandel wirke preiserniedrigend. Man brauche zur Preisregulierung keine Konsumvereine, die große Konkurrenz Sorge schon dafür, daß jeder so billig wie möglich kauft. Darüber sagt nun Dr. Kramer:

Die Folge der Vermehrung des Kleinhandels über das durch die Vermehrung der Bevölkerung und die Steigerung des Konsums gegebene Maß hinaus ist, wie bereits dargelegt, eine Verminderung des auf den einzelnen Kaufmann entfallenden Kundenkreises und damit ein Rückgang des Umsatzes. Will nun der Kaufmann nicht seine Lebenshaltung einschränken, sondern seinen bisherigen Gewinn beibehalten, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich für den geringeren Umsatz durch höheren Aufschlag auf das einzelne Stück schadlos zu halten. Die Parole wird jetzt: Kleiner Umsatz, großer Nutzen. Das vermehrte Angebot im Kleinhandel „bewirkt nicht sowohl eine Herabdrückung der Preise als vielmehr die Verteilung des möglichen Gesamtgewinns dieses Geschäftszweiges auf eine größere Anzahl von Unternehmern.“ Die Herabsetzung der Preise bei neu entstehenden Geschäften ist nur die Ausnahme. Die Regel ist vielmehr, daß der Konkurrenz die Preise der übrigen Geschäfte ebenfalls annimmt, weil er nur bei dieser Aussicht hat, sich halten zu können.

Sinsu kommt noch, daß dem Kleinhandlöhler zur Bekämpfung der Konkurrenz das Mittel der Verschlechterung der Warenqualität zur Verfügung steht. Anstatt die volkswirtschaftliche Aufgabe des Kleinhandels mit erfüllen zu helfen, die Konsumenten mit möglichst guter und wohlfeiler Ware möglichst reichhaltig zu versorgen, sind die vielen kleinen Läden oftmals nur Ablagerungsstätten minderwertiger Produkte. Dr. Kramer betont, daß bei der Preisbildung im Kleinhandel die freie Konkurrenz nicht in dem Maße mitwirkt, wie es die Händler darstellen. Der Kleinhandel ist längst zur stillschweigenden oder ausdrücklichen Vereinbarung untereinander gelangt, mit dem Ziele, den Kunden die Preise zu diktiert. Wie man da von einer heilsamen Konkurrenz der Kleinhandlöhler, wie sie jetzt im Interesse der Konsumenten besteht, sprechen kann, ist nicht recht verständlich.“ Für diese seine Meinung bringt dann Dr. Kramer eine ganze Reihe Beweismomente auf. Dr. Kramer fragt dann:

Erfüllen nun aber auch die Konsumvereine die Aufgabe, die sie sich gestellt haben? Sind sie wirklich Organisationen der Warenvermittlung, die dem Kleinhandel als Privatbetrieb auf dem Gebiete, das sie ihm streitig machen, überlegen sind? Man wird zugeben müssen, daß dies tatsächlich der Fall ist. Versuchen wir, uns die Gründe für diese Überlegenheit der Konsumvereine deutlich zu machen,

und weist dann auf die billigeren Einkaufspreise der Konsumvereine hin. Jeder Verein hat seinen Mitgliederbestand und kann mit festen Warenposten rechnen. Dem Kleinhandlöhler gegenüber ist der Konsumverein ein Großbetrieb. Die Groß-einkaufsgesellschaft gibt dann noch die Möglichkeit, den Großstimmengewinn zu erzielen. Der größere Umsatz und der feste Abnehmerkreis verbilligen auch den Vertrieb, die Spesen sind geringer. Die Verluste des Vorkaufens fallen fort, so daß der Konsumverein auch die Aufschläge, die der Kleinhandlöhler hierfür nehmen muß, erlirp. Nur in einem sind die Konsumvereine nach Kramer ungünstiger gestellt als die Händler, nämlich in der Belastung mit Steuern. Schließlich fällt der Profit bei dem Konsumverein fort. Er ist kein kapitalistischer Betrieb; er geht nicht auf Gewinn aus. Aus allen diesen Gründen sind die Aufschläge der Konsumvereine erheblich geringer. Ein weiteres Moment, das dem genossenschaftlichen Warenvertriebe vor dem Kleinhandel den Vorzug verbürgt, sieht Dr. Kramer in der fortschreitenden genossenschaftlichen Schulung der in Konsumvereinen beschäftigten Angestellten. Nach Untersuchung einer Reihe anderer Fragen sagt dann Dr. Kramer: „Eine Notlage im Kleinhandel kann also sehr wohl vorhanden sein, wo weit und breit kein Konsumverein zu erblicken ist.“

Ohne daß sich der Genossenschaftler mit allen Ausführungen und Folgerungen Dr. Kramers einverstanden erklärt, wird er doch mit Befriedigung konstatieren, daß wiederum die Argumente der Mittelständler vor einer wissenschaftlichen Nachprüfung nicht standgehalten haben. Die Dalklosigkeit des mittelständlerischen Geschleises und Gesimpfes muß Dr. Kramer als objektiver Wissenschaftler anerkennen, ebenso erkennt er die Bedeutung der Konsumvereine für die minderbemittelte Volksklasse an, wie viele Nationalökonom vor ihm.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. H. Schwarzg. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.